

Newsletter 59 – überregional - vom 24. November bis 24. Dezember 2007

24.11.2007 <http://www.redok.de/content/view/907/38/>

++Schulungen für Steuerbetrug?++

Schwere Vorwürfe gegen die NPD-Parteiführung erhebt der ehemalige thüringische Landesvorsitzende der rechtsextremen Partei, Frank Golkowski. Die Praxis gesetzeswidrig ausgestellter Spendenbescheinigungen, um mehr Staatsgelder für die Partei zu bekommen, sei der Parteiführung nicht nur bekannt gewesen, sondern sei sogar gefördert worden. Laut einer Vorabmeldung des Spiegel sagte Golkowski, für NPD-Schatzmeister habe es spezielle Schulungen gegeben.

24.11.2007 <http://www.hagalil.com/archiv/2007/11/nazi.htm>

Brisante Daten in den Händen von Neonazis: Rechtsextreme sichten Polizeiakten

Immer öfter gelangen Daten aus Ermittlungsakten in die Hände von Rechtsextremen. Sie sammeln private Informationen von Bürgern, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, und bedrohen diese. Die neue Strategie der Neonazis: Sie stellen Anzeige gegen vermeintliche Gegner und erhalten so Zugriff auf Akten. So mancher NPD-Abgeordnete verfügt aber auch über einen direkten Draht zu den Ermittlungsbehörden und wird illegal mit brisanten Interna versorgt.

Heute abend in "Kontraste": Caroline Walter und Alexander Kobylinski berichten über Sicherheitslücken, denen die zuständigen Ministerien nicht konsequent nachgehen.

Fast täglich wird in Deutschland jemand von rechten Schlägern bedroht oder angegriffen. Dabei gehen die Rechtsextremen mittlerweile ganz gezielt vor. Sie forschen ihre Gegner aus und sammeln private Daten über sie. Und an die gelangen sie immer wieder auch mit Hilfe von Behörden. In einigen Bundesländern haben die Rechtsextremen offenbar besonders gute Kontakte in den Sicherheitsapparat.

Letzten Sonntag, eine **Kleinstadt in Thüringen**. Neonazis veranstalten einen Fackelzug zum Volkstrauertag. Ihnen geht's um die Helden des Dritten Reichs, von den Opfern kein Wort. An diesem Abend wagt sich keiner auf die Straße.

Redner

„Soldaten des Volkssturmes. Ich rufe Euch.“

Demonstrationsteilnehmer

„Hier.“

Redner

„Soldaten der Waffen-SS. Ich rufe Euch.“

Demonstrationsteilnehmer

„Hier.“

Anm.: Siehe auch Bericht vom Volkstrauertag in Karlshorst

Wenige Kilometer entfernt – Max will nicht erkannt werden. Rechtsextreme aus Thüringen haben seinen Namen und seine Privat-Adresse auf einer schwarzen Liste im Internet veröffentlicht. Sie wollen ihn einschüchtern, weil er sich gegen Rechtsextremisten engagiert.

Max

„Bei mir ist es mittlerweile auch so, dass wenn ich irgendwie vor meiner Haustür höre, dass irgendwas knallt, und sei es nur, dass irgendjemand seine Autotür zuknallt, dass ich erstmal zum Fenster renne und gucke, ob da nicht irgendwie eine Horde Nazis vorm Fenster steht, die da gerade mein Auto, das Haus oder sonst was angreift.“

Auf der Internetseite der NPD-Erfurt wurden Namen und Wohnorte von ihm und 10 weiteren Personen veröffentlicht. Die rechtsextreme NPD beschimpft sie als „asoziale Elemente“ und „Pack“. Hintergrund war eine Demonstration gegen diesen bekannten Nazi-Treff in Erfurt. Scheiben gingen zu Bruch, Demonstranten wurden festgenommen. Schon wenige Tage später stellt die NPD eine Liste mit Namen und Adressen von angeblich Beteiligten ins Netz.

Er ist dafür verantwortlich - der NPD-Kreisvorsitzende von Erfurt, Kai-Uwe Trinkaus. Die Festplatte in seinem Bürgerbüro hat er Hitler gewidmet.

KONTRASTE

„Wie sind die Namen und Adressen zu Ihnen gelangt?“

Kai-Uwe Trinkaus, NPD-Kreisvorsitzender

„Das möchte ich an dieser Stelle nicht kommentieren.“

KONTRASTE

„Warum nicht?“

Kai-Uwe Trinkaus, NPD-Kreisvorsitzender

„Weil ich gute Beziehungen in dieser Stadt hinsichtlich der... Schneiden. Das müssen wir raus schneiden.“

Bis die Informationen auf der NPD-Seite auftauchten, hatte niemand Zugang zu den privaten Daten. Außer Polizei und Ordnungsamt. Dort muss der NPD-Mann einen Zuträger haben. Ohne Kamera brüstete er sich mit seinen guten Kontakten. Als sie an ist, druckst er rum.

KONTRASTE

„Wenn Sie Ihre Quellen offen legen, würden Sie Ihre guten Beziehungen gefährden?“

Kai-Uwe Trinkaus, NPD-Kreisvorsitzender

„Wenn Sie es so formulieren wollen.“

KONTRASTE

„Ja oder Nein?“

Kai-Uwe Trinkaus, NPD-Kreisvorsitzender

„Wenn Sie es so formulieren wollen.“

Der NPD-Mann weiß genau, wie die Liste auf seine Nazi-Kameraden wirkt - von denen manch einer gern zuschlägt.

Für Max ist die Gefahr größer geworden.

Max

„In unserer Region gibt es zahlreiche Übergriffe. Im letzten halben Jahr waren es mindestens sechs oder sieben teilweise organisierte Übergriffe auf städtischen Festen, wo sich Neonazis organisiert sich zusammengerottet haben und dann Jagd auf Punks, Linke, alles was ihnen nicht gepasst hat, gemacht hat.“

Sachsen. Die NPD sitzt hier im Landtag. In diesem Bundesland haben die Rechtsextremen anscheinend ganz besondere Kontakte zu Ermittlungsbehörden.

Im Landtag stellt der NPD-Abgeordnete Winfried Petzold immer wieder Anfragen an die Staatsregierung. Darin will er so allerlei über Ermittlungsverfahren in Sachen organisierter Kriminalität wissen.

Bemerkenswert: seine Detailkenntnisse. In dieser Anfrage zitiert er aus einem vertraulichen Schreiben des Landeskriminalamtes Sachsen. Er gibt eine Zeugenaussage wieder - mit dem Hinweis auf die Quelle:

Zitat: „vergleiche Protokoll der Zeugeneinvernahme der Staatsanwaltschaft S.5...“

Wir treffen jemanden aus Polizeikreisen, der sich auskennt. Wir gehen mit ihm die Anfragen durch. Sein Verdacht: die Quelle des NPD-Abgeordneten muss im sächsischen Landeskriminalamt sitzen. Konkret: in den Dezernaten Organisierte Kriminalität oder Rauschgiftkriminalität.

Eine zweite Anfrage des NPD-Abgeordneten Petzold verstärkt den Verdacht, dass er direkt aus dem LKA mit Informationen versorgt wird: In der Anfrage gibt er Details und den Ablauf einer Hausdurchsuchung wieder. Er schreibt:

Zitat: „Obwohl er zunächst angetroffen wurde, wohnte der Beschuldigte ... der Durchsuchung seiner Wohnung ... nicht in eigener Person bei ...“

Über diese konkrete Information verfügten nur ganz wenige Beamte.

Seit fast zwei Jahren stellt die NPD-Fraktion diese Anfragen. Doch das sächsische Innenministerium ist unfähig, die Sicherheitslücke im Apparat zu finden. Ein Interview wird abgelehnt. Der lapidare Hinweis: da gäbe es mehrere Möglichkeiten, eigene Ermittlungen seien ergebnislos verlaufen.

Für den grünen Landtagsabgeordneten, Johannes Lichdi, ist die Haltung der Staatsregierung völlig inakzeptabel.

Johannes Lichdi (Bündnis90/Die Grünen), Landtagsabgeordneter Sachsen

„Der Vorgang ist so gravierend, dass ich eigentlich von der Staatsregierung erwarte, dass sie diesen Mängeln, diesen undichten Stellen auch nachgeht, engagiert nachgeht und nicht diese Sachverhalte einfach auf sich beruhen lässt und diesen Eindruck habe ich leider derzeit.“

Doch nicht nur in diesem Fall lässt man die Rechtsextremen in Sachsen gewähren.

Anfang des Jahres tauchte sogar eine ganze Datensammlung auf – die Neonazis extra angelegt hatten. Von 150 Personen hatten sie Informationen zusammengetragen, alles Bürger, die öffentlich gegen Rechtsextremismus auftreten: Gewerkschafter, linke Aktivisten bis hin zum Mitarbeiter einer Schülerzeitung. Vieles stammt direkt aus Polizeiakten: Fotos, Aufnahmen aus Polizeivideos, sogar die Adresse von Mutter und Vater, Personalausweisnummern. Mehrere, die in dem Nazi-Dossier auftauchen, haben Morddrohungen bekommen.

Wir treffen eine junge Frau. Auch über sie und ihre Familie wurden Daten gesammelt.

Frau

„Ich habe eine SMS bekommen auf mein Handy und da wurde ich bedroht. Es hieß halt, es gibt Rache und meine Adresse wäre eben bekannt. Und man hat ja auch dann so ein bisschen Angst um seine Familie. Man kann das ja nicht abschätzen, was die Neonazis dann vorhaben.“

Wie kamen die Neonazis an all diese Daten aus Ermittlungsakten? Ihr Vorgehen hat Methode: Die Rechts-

extremen provozieren gezielt bei Veranstaltungen. Und zeigen dann Personen, die sich gegen Rechts engagieren, bei der Polizei an - mit falschen Beschuldigungen wegen angeblicher Beleidigung oder Körperverletzung.

Bei der Polizei gibt es dann eine Ermittlungsakte. Und zu dieser hat später der Anwalt der Nazis Zugang, und da finden sie all diese Daten. Auf Internetseiten der Rechtsextremen wird dazu aufgerufen, diese neue Strategie anzuwenden. **Da heißt es: Zitat: „man kann...durch solche Anzeigen gut an Namen und Adressen ... kommen ...“**

Nach KONTRASTE-Recherchen kam auch das Dossier über die 150 Personen so zustande: mit Hilfe ihrer Anwälte hatten die Neonazis Zugriff auf Ermittlungsakten.

Nur die sächsische Staatsregierung weiß davon anscheinend nichts.

Das teilte sie dem Abgeordneten Lichdi auf Nachfrage mit.

Johannes Lichdi (Bündnis90/Grüne), Landtagsabgeordneter Sachsen

„Ich bin schon sehr erstaunt bis empört darüber, dass die sächsische Staatsregierung sich dieser Gefahr offensichtlich überhaupt nicht bewusst ist, denn sie antwortet mir, sie hat keinerlei Kenntnis, wie das geschehen kann. Sie sieht aber offensichtlich keinerlei Veranlassung tätig zu werden. Und das ist nicht hinzunehmen.“

Sie zeigt Zivilcourage gegen Neonazis. Nur von den Behörden wird sie nicht geschützt und mit der Bedrohung allein gelassen.

25.11.07 <http://www.redok.de/content/view/908/38/>

++"Strategietreffen" der "Reichsbürger" ++

Vlotho. Zu einem "Strategietreffen" wollen rechtsextreme "Reichsbürger" am 01.12. in Vlotho (Ostwestfalen) zusammenkommen. Die Schar aus dem Umfeld von Horst Mahler will den "weiteren Aufbau von Reichsstrukturen" besprechen.

26.11.2007 Gedenken an Silvio Meier

Berlin: 2000 Antifaschisten erinnerten an 1992 von Neonazis ermordeten Hausbesetzer von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2007/11-26/047.php>

26.11.2007 BZÖ-Petzner weist NS-Verbindung mit aller Entschiedenheit zurück

Utl.: Wurzeln des Satzes `Am deutschen Wesen soll die Welt genesen´ liegen im 19. Jahrhundert =

Klagenfurt (OTS) - Mit aller Entschiedenheit weißt der geschäftsführende BZÖ-Landesparteiobmann Stefan Petzner den Vorwurf der NS-Terminologie im Zusammenhang mit dem Satz, "Am Kärntner Wesen kann auch Österreich und die EU genesen", zurück. In Richtung des roten LandesparteiSekretärs, aber auch in Richtung der APA meinte Petzner, jeder "halbwegs gebildete Hobbyhistoriker" wisse, dass der Satz `Am deutschen Wesen soll die Welt genesen´ seine Wurzeln im 19. Jahrhundert und der damaligen Freiheitsbewegung habe. Konkret entstammt der Satz einem Gedicht von Emanuel Geibel mit dem Titel "Deutschlands Beruf", das dieser 1861 getextet hat.

Zum LandesparteiSekretär der SPÖ Kärnten bemerkte Petzner schließlich: "Herr Passegger hat es geschafft, dass lang gediente SPÖ-Mitglieder wegen seiner Person aus der Partei austreten. Das sagt alles über Stil, Niveau und Persönlichkeit dieser Un-Person."

Rückfragehinweis: Die Freiheitlichen in Kärnten-BZÖ

26.11.2007 http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/701610/

Deutschlandfunk, Interview - "Wir haben keinen Platz für Rechtsextremismus"

Mackenroth sieht Sachsen sensibilisiert gegenüber Gewaltproblemen

Nach dem mutmaßlichen Übergriff von Neonazis auf eine 17-Jährige hat Sachsens Justizminister Geert Mackenroth betont, Probleme wie Rechtsextremismus und Gewalt könne keiner alleine lösen. Er forderte ein Netzwerk von Fachleuten, die über die Möglichkeiten gegen rechtsextreme Gewalt vorzugehen, gezielt informierten. Der CDU-Politiker sagte, es handele sich nicht um ein ausschließlich ostdeutsches Problem.

26.11.2007 www.spiegel-online.de

DEBATTIERCLUB IN OXFORD - Holocaust- Leugner auf Podium eingeladen

Politiker sind entsetzt, Tausende Bürger empören sich: Die Oxford Union hat den Holocaust-Leugner David Irving und den rechtsextremen Politiker Nick Griffin eingeladen. Trotz massiven Protestes soll die Veranstaltung Montag über die Bühne gehen. Die Polizei rechnet mit Ausschreitungen. [mehr...](#)

26.11.2007 [NDR Info exklusiv: Pläne für Schulungszentrum des Rechtsextremisten Rieger offenbar vor dem Aus](#)

Hamburg (ots) - Zitate aus der Meldung frei bei Nennung "NDR Info" Die Pläne des bekannten Hamburger

Rechtsextremisten Jürgen Rieger für ein Schulungszentrum auf dem so genannten "Heisenhof" im niedersächsischen Verden stehen offenbar vor dem endgültigen Aus. In einer spektakulären Polizeiaktion sind nach ...

26.11.2007 **+++ Deutschland: Kein Bett für Nazis +++**

Ostdeutsche Hotelverbände wehren sich gegen braune Gäste. Von Toralf Staud
<http://www.zeit.de/2007/48/Hotelverbaende?from=24hNL>

27.11.2007 **[Uwe-Karsten Heye: "Nazis fallen nicht vom Himmel"](#)**

Der Vorsitzender des Vereins "Gesicht Zeigen!" über alltägliche rechte Gewalt und jugendfeindliche Kultur.
URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1248872

27.11.2007 **[Wenn Neonazis normal sind: No-go-Area beim Volksfest](#)**

Aufsehen erregt nur die brutale Gewalt. Aber die täglichen Pöbeleien, den rechten Tattooladen, die T-Shirts mit Hakenkreuzen nehmen viele nicht mehr wahr.

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1249009

27.11.2007 **[Rechte Gewalt: Was tun?](#)**

Zeugen von Übergriffen wissen oft nicht, wie sie sich am besten verhalten. Die Polizei rät: Gefahren ausweichen. Rechtsextreme tragen nicht immer Glatze, aber oft Erkennungszeichen wie Zahlencodes (88...

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1249031

27.11.2007 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57082>

Die Rechtsnachfolger

BERLIN (Eigener Bericht) - Das deutsche Verkehrsministerium weigert sich, das Gedenken an die Opfer der "Reichsbahn"-Deportationen im "Zug der Erinnerung" finanziell zu unterstützen. Gleichzeitig verlangt die Deutsche Bahn AG von den Organisatoren der Zugausstellung Trassengebühren und erhebliche Standgelder. Gefordert werden mehrere zehntausend Euro, um Fotos und letzte Briefe der Deportierten in den deutschen Bahnhöfen zeigen zu dürfen. Einen Erlass hat das Bahn-Management abgelehnt. Die Weigerung führt zu heftigen Reaktionen der Ausstellungsbesucher, die in unerwartet hoher Zahl in den "Zug der Erinnerung" strömen. Nach Angaben der Veranstalter haben seit Fahrtbeginn (8. November 2007) über 20.000 Menschen den Zug aufgesucht. Um den Anfragen aus sämtlichen Bundesländern nachzukommen, müsste die ursprünglich geplante Fahrstrecke verdoppelt werden. Eine Beteiligung an den entsprechenden Kosten lehnt das Verkehrsministerium unter Minister Wolfgang Tiefensee (SPD) kategorisch ab. Als Mitinhaberin der Bahn AG schwimmt die staatliche Fachbehörde für das deutsche Eisenbahnwesen in Geld und beaufsichtigt Milliardenaufkäufe ausländischer Bahnunternehmen. In wenigen Tagen eröffnet die Bahn AG eine neue ICE-Strecke nach Dänemark, nachdem sie zwei Drittel des gesamten britischen Güterverkehrs auf dem Schienenweg unter ihre Kontrolle gebracht hat. Über eine Konzern-Tochter betätigt sich die Bahn AG auch als Kriegs-Logistiker.

27.11.2007 www.spiegel-online.de

SACHSEN- ANHALT - **[LKA soll Rechtsextremismus- Statistik geschönt haben](#)**

Sachsen-Anhalt führt seit Jahren die rechtsextreme Kriminalitäts-Statistik an. Das muss anders werden, fand auch die Polizei - und ging zu einer anderen Zählweise über. [mehr...](#)

27.11.2007 www.mdr.de

[Rechtsextremismus: Hat LKA Sachsen-Anhalt Statistik geschönt?](#)

Hat das LKA Sachsen-Anhalt die Zahlen der rechtsradikalen Delikte 2007 künstlich niedrig gehalten? Tatsächlich hat sich die Zahl seit Januar fast halbiert.

27.11.2007 **+++ Sachsen-Anhalt: Rechte Straftaten einfach ignorieren? +++**

Der Direktor des Landeskriminalamts soll Beamte angewiesen haben, rechtsextreme Vergehen als politisch uneindeutig einzuordnen - mit einer eigenwilligen Begründung.

<http://www.zeit.de/online/2007/48/lka-sachsen-anhalt?from=24hNL>

27.11.2007 **WAZ: Vorsicht geboten - Kommentar von Christoph Meinerz**

Essen (ots) - In immer neuen Gewändern tauchen die Ewiggestrigen mit ihrer selben alten menschenverachtenden Ideologie wieder auf. Wie die Tarnung auch lautet, am Ende geht es doch nur um plumpe Ausländerfeindlichkeit. Gerade die Menschen im Ruhrgebiet mit seiner langen Zuwanderungstradition machen jedoch, gottlob, seit Jahrzehnten die Räume für Radikale eng. Die schon vor über 20 Jahren gestartete Anti-Rassismus-Kampagne "Mach meinen Kumpel nicht an" bleibt aktuell.

Dennoch: Wachsamkeit ist geboten. Ob Initiativen gegen Bauprojekte, Straßen oder Bäderschließungen: "Pro NRW" will sich zunächst überall dort zum Wortführer des Bürgerzorns erheben, wo es den Menschen vor Ort unter den Nägeln brennt.

Der angekündigte Aufmarsch neuer Radikaler ist somit auch eine Warnung an alle (Kommunal-)Politiker: Gebt euren Wählern nicht das Gefühl, ihr entscheidet "von oben herab". Lasst sie nicht mit ihren Sorgen in ihrem Stadtteil im Stich. Wo Menschlichkeit regiert, findet Ausländerhass keinen Platz.

Pressekontakt: Westdeutsche Allgemeine Zeitung Zentralredaktion
Telefon: 0201 / 804-2727 zentralredaktion@waz.de

27.11.2007 <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2007/11/27/news-7313903/detail.html>

++Radikale unterwandern Bürgerprotest++

Neonazi-Forscher: Neue Partei "Pro NRW" nutzt Unmut der Menschen aus

Düsseldorf. Unter dem Deckmantel einer Bürgerbewegung versucht eine neue ausländerfeindliche Partei flächendeckend im Ruhrgebiet Fuß zu fassen, um bei den nächsten Wahlen möglichst in allen Städten antreten zu können.

28.11.2007 **Regierung weiß wenig über Nazis im Netz**

Unwissenheit wird mit Geheimniskrämerei überdeckt von Nick Brauns

--> <http://www.jungewelt.de/2007/11-28/046.php>

28.11.2007 **Geschichtsverfälschung hilft den Rechten Konferenz in Berliner Humboldt-Universität**

befasste sich mit Antikommunismus in EU von Frank Brunner

--> <http://www.jungewelt.de/2007/11-28/043.php>

28.11.2007 **Schlappe für Rieger**

Neonazi will Meller Bahnhof nun doch nicht haben von Reimar Paul

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/11-28/044.php>

28.11.2007 **Ranziges neu verpackt**

Rechte »Bürgerbewegung« will in nordrhein-westfälischen Landtag und Kommunalparlamente einziehen. Notdürftig bemäntelter Rassismus soll Punkte bringen von Markus Bernhardt

--> <http://www.jungewelt.de/2007/11-28/005.php>

28.11.2007 **Zwei Mausclicks entlarven Firmengeschichte Zwangsarbeit in der Hamburger**

Kriegswirtschaft: Neue CD informiert über Lagerstandorte und Einsatzbetriebe von Hans-Kai Möller

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/11-28/006.php>

28.11.2007 www.mdr.de

Urteil im Prozess um Neonazi-Kameradschaft erwartet

Chemnitz: Im Prozess um die verbotene Neonazi-Kameradschaft "Sturm 34" soll heute das Urteil gegen den mutmaßlichen Rädelsführer fallen. Der 19-Jährige aus Mittweida muss sich vor dem Amtsgericht Chemnitz wegen eines Angriffs auf eine Schülergruppe im Februar 2006 verantworten. Andere Anklagepunkte wurden abgetrennt und an die Staatsschutzkammer am Landgericht Dresden verwiesen. - Am Abend will Justizminister Mackenroth bei einer Podiumsdiskussion in Mittweida über Rechtsextremismus sprechen. Vor fünf Tagen war ein neuerlicher Vorfall in Mittweida bekannt geworden. Neonazis sollen einer 17-Jährigen ein Hakenkreuz in die Haut geritzt haben.

28.11.2007 www.spiegel-online.de

ALGERIEN- BESUCH -

[Minister sorgt mit antisemitischen Sprüchen gegen Sarkozy für Empörung](#)

Der Wahlerfolg von Nicolas Sarkozy - ein Sieg Israels und der "jüdischen Lobby": Kurz vor dem Besuch des französischen Präsidenten in Algerien sorgt ein Minister des nordafrikanischen Landes mit antisemitischen Äußerungen für Empörung. [mehr...](#)

28.11.2007 www.spiegel-online.de

PROTEST GEGEN HOLOCAUST- LEUGNER - [Oxford tanzt gegen Irving](#)

Eine Uni-Stadt begehrt auf: Hunderte Demonstranten haben in Oxford gegen den Auftritt des Holocaust-Leugners David Irving und eines rechtsextremen Politikers protestiert. Die Streit- und Debattenkultur Oxfords lebt - auf den Strassen. Von Philip Oltermann, Oxford [mehr...](#)

28.11.2007 www.mdr.de

LKA-Chef von Sachsen-Anhalt zurückgetreten

Magdeburg: Der Chef des Landeskriminalamts von Sachsen-Anhalt, Hüttemann, ist wegen geschöner Statistiken um rechte Straftaten zurückgetreten. Innenminister Hövelmann sagte am Nachmittag, er habe Hüttemanns Wunsch entsprochen. Der LKA-Chef übernehme damit die Verantwortung für Kommunikations-Probleme zwischen seiner Behörde und dem Innenministerium. Eine persönliche Schuld sei ihm aber nicht nachzuweisen. Das LKA hatte ohne Wissen des Ministeriums die Zählweise für rechtsextremistisch motivierte Straftaten verändert. Dadurch hatte sich deren Zahl im ersten Halbjahr halbiert.

28.11.2007 Rumänien - Evenimentul Zilei Extremisten verpassen Einzug ins Europaparlament

Bei den rumänischen Wahlen zum Europaparlament hatten die Extremisten keinen Erfolg, stellt die Mircea Marian erleichtert fest. Die national-extremistische Großrumänienpartei (PRM) und die ultrakonservative Partei der Neuen Generation (PNG) scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. "Gibt es deshalb keinen Extremismus mehr in Rumänien? Es ist klar zu erkennen, dass die nationalistischen Formationen in Rumänien eine Wählerbasis haben, doch diesmal mussten sich Großrumänienpartei (PRM) und Partei der Neuen Generation (PNG) die Wählerschaft teilen, so dass keine ins Europaparlament gekommen ist... In Rumänien selbst ist es allerdings komplizierter, denn sollte bei den Wahlen 2008 keine dieser Parteien ins Parlament kommen, könnte das problematisch werden. Extremistisches Potenzial braucht ein Ventil, und der beste Ort, um die Kontrolle darüber zu behalten, ist das Parlament. Andernfalls haben wir die Extremisten auf den Straßen oder in den Stadien. Sie werden Roma attackieren, Häuser in Brand stecken oder gegen Homosexuelle hetzen." (28.11.2007)

29.11.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/leserbriefe_aus_der_zeitung/?em_cnt=1250156

Der Stammtischhetze erliegen

Zu: "Brauner Alltag", FR-Titel und Thema des Tages vom 27. November

Ausländerfeindliche Grundhaltung im Alltag

Als ich vor zwei Jahren wegen meines Studiums nach Dresden zog, war mir nicht klar, was mich hier erwarten würde. Dann musste ich mit Entsetzen feststellen, dass es hier so etwas wie einen "braunen Alltag" gibt. Dieser fällt nicht durch tägliche Gewalttaten auf, sondern zeigt sich in der weit verbreiteten ausländerfeindlichen Grundhaltung der Menschen. Zum Beispiel werden hier grundsätzlich alle Menschen asiatischer Abstammung als "Fidschis" bezeichnet, egal aus welchem Teil Asiens sie kommen. Meine Nachfragen wurden mit Verwunderung beantwortet, das sei hier ganz normal und natürlich nicht ausländerfeindlich gemeint. Es kommt auch vor, dass Menschen in der Straßenbahn demonstrativ aufstehen, wenn sich ein ausländisch aussehender Mensch neben sie setzt. Dieses erschreckende Verhalten macht mich wirklich wütend.

Ich bin in Frankfurt mit allerlei Nationen vom Kindergarten an aufgewachsen und habe auch jetzt noch viele Ausländer im Freundeskreis. Ich betone, dass ich nicht alle DresdnerInnen in einen Topf werfe. Ich weiß, dass es hier viele weltoffene Bürger gibt.

Nach dem Vorfall in Mügeln habe ich mich entschlossen, mit meinen Mitteln ein Zeichen gegen die rechte Gewalt zu setzen: Ich werde das Thema "Rechtsradikalismus in Sachsen" in meinem Vordiplom behandeln und mich diesem Thema auch bei meiner späteren Berufswahl widmen. Ich fühle mich einfach verpflichtet, etwas zu tun. **Carolin Böhm, Dresden**

Wir machen uns schuldig, wenn wir wegsehen

Ich bin keine Leserbriefschreiberin, aber allmählich bricht sich bei mir eine große Wut Bahn, die raus muss. Die Übergriffe von "Braunen" entsetzen mich. Noch entsetzter bin ich allerdings über das Maß an Duldung und Wegsehen! Warum lassen wir uns von braunen Glatzen einschüchtern? Warum akzeptieren wir "No-Go-Areas", wo sich Menschen tummeln, die unter einer freiheitlich-demokratischen Gemeinschaft verstehen, dass sie Minderheiten drangsaliieren und sich dann (endlich mal!) stark fühlen können? Wir alle machen uns schuldig, wenn wir wegsehen oder solche Taten womöglich sogar still dulden!

Mit Verboten allein ist es nicht getan: Es muss eine Perspektive her für die, die ohne schulische/berufliche Qualifikation lieber der Stammtischhetze erliegen. Ich sehe bei vielen Deutschen einen verhängnisvollen Drang zum Mitläufertum. Wir alle können nicht wollen, dass wir aus Bequemlichkeit (!) in Zustände zurückfallen, die wir überwunden geglaubt haben! **Korinna Schneider, Frankfurt**

Rechte Gewalt existiert auch im Westen

Ich bin schockiert, mit welcher Voreingenommenheit wieder mal nur Beispiele aus Ostdeutschland genannt werden. Ich bestreite nicht, dass es sie gibt, auch ich bin enttäuscht darüber, wie so was möglich ist. Aber die Vorfälle in den alten Ländern existieren in ihren Augen anscheinend nicht! Vielleicht wollen Sie es auch nicht sehen. Ich wehre mich entschieden dagegen, dass hier mal wieder Meinungsmache betrieben wird. Ich kann aus Erfahrung sprechen, dass rechte Gewalt und ihr schweigendes Hinnehmen nicht nur im Osten, NEIN, erst Recht im Westen existiert! Ich bin vor sechs Jahren aus Mecklenburg nach Niedersachsen gezogen. Hier in Niedersachsen habe ich mehr rechte Erscheinungen, Gewalt erlebt, als in M-V! Hier spricht

keiner darüber, es steht nichts in der Zeitung!

Glauben Sie mir, ich möchte nichts beschönigen. Aber so ist das leider in unserer Gesellschaft: Solange kein größerer Schaden auftritt, unternimmt niemand was. Es werden lediglich Schuldzuweisungen von West nach Ost und von Ost nach West verteilt.

René Christer, Braunschweig

Diskussion: www.frblog.de/alltag

**29.11.2007 Grüne/Korun: Rassistische Schmierereien an Islam-Schule alarmierendes Signal
Utl.: Grüne Wien: Nach mehrmaliger Schändung islamischer Einrichtungen Aufruf gegen Rassismus und Diskriminierung =**

Wien (OTS) - Die Menschenrechtssprecherin der Grünen Wien, Alev Korun, fordert anlässlich der rassistischen Schmierereien an einer Wiener Islam-Schule einen gesellschaftlichen Schulterchluss gegen Rassismus und Diskriminierung. "Die Schändungen islamischer Einrichtungen sind ein alarmierendes Warnsignal, das unbedingt Ernst genommen werden muss", so Korun. "Es ist eine Schande für Österreich, dass eine solche Beschimpfung gerade im EU-Jahr für Chancengleichheit passiert. Die Hetze von FPÖ und BZÖ gegen Muslime bleibt offensichtlich nicht ohne erschreckende Folgen."

Leider ist die Beschmierung der Islam-Schule nicht der einzige rassistische Übergriff auf islamische Einrichtungen in Wien. Der noch nicht fertig gestellte islamische Friedhof wurde bereits dreimal geschändet. "Umso dringender ist ein Schulterchluss gegen Rassismus und Islamophobie notwendig", so Korun abschließend.

Rückfragehinweis: Pressereferat, 0664 831 74 49 wien.gruene.at

**29.11.2007 Schweiz - Neue Zürcher Zeitung
Mircea Cartarescu über die Geschichte der Roma in Rumänien**

Der rumänische Schriftsteller [Mircea Cartarescu erinnert](#) daran, dass es die Rumänen waren, die die Roma in ein Leben in Elend und Delinquenz gezwungen haben - durch Versklavung: "Über einige Jahrhunderte hinweg konnten sie gekauft und verkauft werden, Familien wurden auseinander gerissen, die Kinder von den Müttern, die Frauen von ihren Männern getrennt, die jungen Frauen in aller Regel von den Besitzern vergewaltigt, das 'Krähengesocks' war Ziel allgemeiner Verachtung und Diskriminierung. Irgendeiner der Wojwoden ließ sie die Bäume hochklettern und holte sie dann mit Pfeilen von da runter: Er nannte das Krähenjagen. Ortsgebunden und wie die Tiere gehalten, vermehrten sich die Zigeuner in den rumänischen Fürstentümern stärker als irgendwo sonst in Europa. Wir sind es somit selbst, die sich das Zigeunerproblem geschaffen haben. Es ist unsere historische Schuld... Wir empören uns, wenn das Ausland uns als ein Volk von Kriminellen wahrnimmt. Wir selbst aber betrachten die Zigeuner genau in derselben Weise."

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

**29.11.2007 Niederlande - De Telegraaf
Die Niederlande fürchten sich vor Osteuropäern**

"Was viele gefürchtet haben, ist eingetreten: Seit der Öffnung der Grenzen sind extrem viele Polen in unser Land gekommen, was zu Problemen geführt hat", beklagt die Zeitung. "Laut einem Bericht von Sozialminister Piet Hein Donner gibt es 100.000 polnische Arbeiter in den Niederlanden. Das ist mehr, als man zum Zeitpunkt der Grenzöffnung angenommen hatte... Die Niederlande waren eines der EU-Länder, die ihren Arbeitsmarkt für polnische Arbeiter geöffnet haben, und wir haben teuer für unsere Großzügigkeit bezahlt. Bald werden noch mehr Osteuropäer ankommen, denn Rumänien und Bulgarien verlangen nach Zutritt zu unserem Land. Aber aus der Erfahrung mit Polen müssen wir die Konsequenz ziehen, dass die Grenzen für neue Arbeiter aus Osteuropa derzeit geschlossen werden müssen." (25.11.2007)

**29.11.2007 Schweiz - Le Temps
Jérôme Jamin über die Risiken qualifizierter Einwanderung**

Richard Werly fragt den Politologen [Jérôme Jamin](#) von der Universität Lüttich nach Gründen für den Erfolg europa- und fremdenfeindlicher Parteien in Europa: "Europäische Tabus tragen dazu bei, dass sich die Populisten auf Themen wie Immigration fixieren. Wenn man von 'qualifizierter Einwanderung' als 'der' Lösung für den Alterungsprozess der europäischen Bevölkerung und den Arbeitskräftemangel bei Hochqualifizierten spricht, dann ist das gefährlich. Nicht dass man nun ausländischen Akademikern die Türen der EU verschließen müsste. Das wäre absurd. Aber warum kann es nicht gleichzeitig eine europäische Hilfe für die Familien geben, damit die Geburtenraten wieder steigen und massive Hilfe für die Bildungssysteme? Europa muss sich unbequemen Fragen stellen, sonst erhält es empörende Antworten." (28.11.2007)

29.11.2007 Mitteldeutsche Zeitung

Halle (ots) - In der Diskussion um die geschönte Polizeistatistik des Landes Sachsen-Anhalt hat der Chef des Kriminologischen Forschungsinstitutes, Christian Pfeiffer, den zurückgetretenen Chef des Landeskriminalamtes Frank Hüttemann heftig kritisiert. "Der Direktor des LKA hat ganz eindeutig gegen geltende

Vereinbarungen verstoßen", sagte Pfeiffer der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung" in der Freitagausgabe. Bereits in der Vergangenheit sei beim Umgang mit der Statistik "bundesweit gemogelt" worden. Als Hintergrund nannte er "häufig die Sorge um den Imageverlust des eigenen Bundeslandes".

Pressekontakt: Mitteldeutsche Zeitung Chefredaktion Tel. 0345/565 4025

29.11.2007 <http://www.dradio.de/df/sendungen/buechermarkt/703877/>

Deutschlandfunk, Büchermarkt

Auseinandersetzung mit dem Land seiner Geburt - Der amerikanische Historiker Fritz Stern schreibt über Deutschland

"Fünf Deutschland und ein Leben" heißt der Memoirenband, der die Lebensgeschichte des vielfach ausgezeichneten amerikanischen Historiker Fritz Stern synchronisiert mit dem Verlauf der politischen Geschichte. Geboren 1926 in Breslau, beschreibt er seine politischen Erinnerungen: Nazis in den Badeorten an der Nordsee, Drangsalierung durch rechtsradikale Mitschüler und Lehrer auf dem Gymnasium und die Emigration in die USA.

29.11.2007 <http://www.dradio.de/df/sendungen/campus/704079/>

Hakenkreuz an der Bürotür - Rassismus an US-Universitäten

Rassistische Vorfälle an US-Hochschulen haben Studenten und Professoren aufgeschreckt. Sie rücken zusammen und machen gegen den Hass mobil.

29.11.2007 <http://www.dradio.de/df/sendungen/kulturheute/704126/>

Deutschlandfunk, Kultur heute

"Zeichen des Leichtsinns" - Henryk M. Broder kritisiert Steinmeiers Auftritt mit Rapper Muhabbet

Der Buchautor und Journalist Henryk M. Broder hat der ARD-Journalistin Esther Schapira in ihrer Kritik an Äußerungen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier den Rücken gestärkt. Der Minister habe sich "eine Peinlichkeit sondergleichen geleistet", sagte Broder. Nach einem gemeinsamen Medienauftritt zum Thema Integration waren Vorwürfe gegen den Sänger laut geworden.

29.11.2007 [Lausitzer Rundschau: Protest gegen Asylbewerberheim in Bahnsdorf Chance vertan](#)

Cottbus (ots) - Die Chancen für einen menschenwürdigen Umgang mit Asylbewerbern waren nie besser. Mittlerweile kommen so wenig Flüchtlinge in die Region, dass sich der Betrieb großer Heime wirtschaftlich kaum rechnet. Nacheinander machen sie zu: in Guben, Quitzdorf/Kollm, Spremberg. Gleichzeitig greift ein ...

29.11.2007 [Mitteldeutsche Zeitung: Kriminologe Pfeiffer: Bei Polizeistatistik bundesweit gemogelt](#)

Halle (ots) - In der Diskussion um die geschönte Polizeistatistik des Landes Sachsen-Anhalt hat der Chef des Kriminologischen Forschungsinstitutes, Christian Pfeiffer, den zurückgetretenen Chef des Landes-kriminalamtes Frank Hüttemann heftig kritisiert. "Der Direktor des LKA hat ganz eindeutig gegen geltende ...

01.12.2007 http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1251447

Sachsen-Anhalt: Sisyphosarbeit gegen rechts

Sachsen-Anhalts Innenminister engagiert sich mit aller Kraft gegen Neonazis, doch seine Polizei zieht nicht mit.

01.12.2007 www.mdr.de

Neue Vorwürfe in Sachsen-Anhalts Statistik-Affäre

Magdeburg: In der Affäre um manipulierte Kriminal-Statistiken in Sachsen-Anhalt gibt es nun auch Vorwürfe gegen das Innenministerium. Nach einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" soll das Ministerium das Landeskriminalamt angewiesen haben, die Fallzahlen in der Statistik zu bereinigen. Die Zeitung beruft sich auf eine dienstliche Erklärung des Dessauer Staatsschutzchefs, **Gratzik**, vom Frühjahr. Das Innenministerium wies das zurück. Ein Sprecher sagte MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt, die Zählweise politischer Straftaten sei ohne Wissen des Ministeriums geändert worden. Durch das neue Verfahren hatte sich die Zahl rechtsextremistischer Straftaten fast halbiert. Der Chef des Landeskriminalamtes, Hüttemann, musste wegen der Sache seinen Hut nehmen.

01.12.2007 www.welt.de

Ehrung - "Man konnte Nein zu den Nazis sagen"

- von Gisela Kirschstein
Imgard Heydorn war der Kult um Führer, Fahne und Vaterland zuwider. Als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) bekämpfte die gebürtige Norddeutsche die Nazis. Am 1. Dezember erhält die 91-jährige Dame für ihren Mut die Wilhelm-Leuschner-Medaille. » [mehr](#)

01.12.2007 <http://www.dradio.de/df/programmtipp/politischeliteratur/703656/>

Politische Literatur

Zusammenleben in Deutschland - Geschichte und Blick nach vorn

Neue Bücher über die Multikulti-Gesellschaft, den Islam in Europa, die Geschichte der Juden in Deutschland, und über Nazi-Archäologie in Westeuropa.

01.12.2007 Affront gegen KZ-Opfer

175000 Unterschriften für das NPD-Verbot sollten an der Poststelle des Bundestages abgegeben werden. Präsident Lammert wollte nichts damit zu tun haben von Frank Brunner

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-01/037.php>

01.12.2007 Neonaziaufmarsch in Berlin erregt Gemüter Antifaschisten wollen Rechtsextreme am Sammelpunkt blockieren. Sechs Protestveranstaltungen von Theo Schneider

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-01/039.php>

02.12.2007 www.welt.de

600 Neonazis ziehen durch Neukölln

- von Axel Lier und Hans H. Nibbrig

Begleitet von Protesten und einem massiven Polizeiaufgebot sind Sonnabend Nachmittag knapp 600 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet durch den Neuköllner Ortsteil Rudow gezogen. Polizei mit 850 Beamten im Einsatz. » [mehr](#)

03.12.2007 Antifaschistische Proteste gegen NPD-Marsch durch Berlin von Theo Schneider

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-03/022.php>

03.12.2007 www.spiegel-online.de

MAGDEBURG - [Fremdenhasser verprügeln Afrikaner, schlagen schwangere Irakerin](#)

Brutale fremdenfeindliche Attacken: In Magdeburg haben Unbekannte eine Gruppe von Afrikanern angegriffen und zwei von ihnen verletzt. Kurz zuvor war eine schwangere Irakerin in einem Bus beleidigt und ins Gesicht geschlagen worden. Zahlreiche Schaulustige hatten die Übergriffe beobachtet. [mehr...](#) [[Forum](#)]

03.12.2007 www.welt.de

Magdeburg - [Mehrere Verletzte bei rechtsextremen Überfällen](#)

Angepöbelt, attackiert, geschlagen: In Magdeburg wurden am Wochenende mehrere Menschen bei fremdenfeindlichen Übergriffen verletzt. Polizisten, die zur Hilfe eilten, wurden ebenfalls angegriffen. Eine schwangere Frau wurde ins Krankenhaus eingeliefert. » [mehr](#)

03.12.2007 www.welt.de

Extremismus - [Neonazis marschieren mit RAF-Parolen durch Neukölln](#)

von Axel Lier

600 Neonazis marschierten am Wochenende in Neukölln auf - damit hatte die Polizei nicht gerechnet. Doch die Rechtsextremisten konnten über Partei- und Landesgrenzen hinweg Gesinnungsgenossen mobilisieren. Und machen sich Polit-Rezepte der extremen Linken und der RAF zu eigen. » [mehr](#)

03.12.2007 +++ Ausländerfeindlichkeit: Und keiner griff ein +++

Bei zwei Angriffen auf Ausländer sind in Magdeburg am Wochenende vier Menschen verletzt worden – unter den Augen zahlreicher Schaulustiger

<http://www.zeit.de/online/2007/49/magdeburg-ueberfaelle?from=24hNL>

04.12.2007 Attacken zum Advent

Drei Migranten und ein Polizist bei rassistischen Übergriffen in Magdeburg verletzt. Beschuldigte erstatten Gegenanzeige von Claudia Wangerin

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-04/025.php>

04.12.2007 Faschismus für alle

Von rechts außen in die Mitte der Gesellschaft: Am Mittwoch wird Nicola Gómez Dávila am Berliner Instituto Cervantes als Klassiker vorgestellt von Thomas Wagner

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-04/045.php>

04.12.2007 www.tagesschau.de

*** [Hauptbeschuldigter nach Attacke auf Inder vor Gericht](#)**

Knapp vier Monate nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen im sächsischen Mügeln muss sich ein 23-Jähriger heute vor Gericht verantworten. Er soll zu dem Mob gehört haben, der nach einem Stadtfest im August eine Gruppe Inder verprügelt hatte. Der Mann gilt als einer der Hauptbeschuldigten. [mehr](#)

04.12.2007 www.spiegel-online.de

ÜBERGRIFFE IN MAGDEBURG

- ["Für Ausländer haben wir keinen Platz"](#)

Eine schwangere Irakerin wird im Bus attackiert, Deutsche gehen auf Afrikaner los - und keiner schreitet ein. Eine Serie von gewaltsamen Übergriffen erschüttert Magdeburg. Die Politik weiß sich kaum noch zu helfen: Alle Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit scheinen wirkungslos. Von Florian Gathmann, Magdeburg [mehr...](#)
[[Forum](#)]

04.12.2007 www.mdr.de

MDR INFO | Mügeln - [Zweiter Prozess nach Überfall auf Inder](#)

Nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen im sächsischen Mügeln beginnt der Prozess gegen einen Verdächtigen. Ihm werden Volksverhetzung und Sachbeschädigung vorgeworfen.

04.12.2007 www.mdr.de

MDR aktuell | Fremdenfeindlichkeit - [Staatsschutz ermittelt nach Überfällen in Magdeburg](#)

Am Wochenende überfielen junge Männer in Magdeburg Männer und Frauen aus dem Niger und dem Irak. Ein Jugendlicher und ein Polizist, die sich einmischten, wurden verletzt.

04.12.2007 www.welt.de

Bürgerschaftswahl - [Kaum Chancen für Rechtsextreme in Hamburg](#)

von Florian Hanauer

Die Hansestadt ist kein gutes Pflaster für neonazistisches Gedankengut. Einzig die DVU wird zur Wahl antreten und scheint nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes schon mit der Planung und Vorbereitung des Wahlkampfes an ihre Grenzen zu stoßen. Große Personalprobleme einen alle radikalen Parteien. » [mehr](#)

05.12.2007 **NPD will in die Stadträte**

Rechtsextreme bereiten sich auf die Kommunalwahl in Bayern vor. Mehrere Spitzenkandidaten sind vorbestraft von Julius Kaiser

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-05/001.php>

05.12.2007 **Bündnis gegen rechts in Hamburg**

Zahlreiche Organisationen wollen vor Bürgerschaftswahl ein nazifeindliches Klima schaffen von Andreas Grünwald

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-05/002.php>

05.12.2007 **Braun-schwarzer Rufmord**

Dem Austritt der Juso-Vorsitzenden aus der Roten Hilfe ging eine massive Hetzkampagne voraus von Lothar Bassermann

→ [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/12-05/003.php>

05.12.2007 [Gewaltserie in Magdeburg: Kein Platz für Ausländer](#)

Aus Magdeburg ist nur wenige Tage nach den Überfällen auf mehrere Afrikaner und eine Irakerin erneut eine ausländerfeindlichen Attacke gemeldet worden: Ein 33-jähriger Betrunkener schlug am...

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1253154

05.12.2007 www.mdr.de

Weniger Geld für die NPD

Berlin: Innensenator Körting schlägt vor, die staatliche Unterstützung für die rechtsextremistische NPD zu kürzen. Der SPD-Politiker sagte, er sehe nicht ein, dass Anti-Ausländer-Propaganda zu zwei Dritteln vom Steuerzahler bezahlt wird. Körting will zumindest verhindern, dass NPD-nahe Vereine und Stiftungen Zuschüsse vom Staat erhalten. Dafür müssten die Steuergesetze geändert werden. Vereine und Stiftungen fallen nicht unter das Parteienprivileg. Die NPD selbst hat Anspruch auf staatliche Finanzierung, solange sie nicht verboten ist.

05.12.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/49/rassismus-sachsen-anhalt?from=24hNL>

+++ **Rassismus: Lieber weg- als hinsehen** +++

Die neuesten Vorfälle in Magdeburg zeigen, dass es für Ausländer im Osten gefährlich bleibt.

Dennoch ist nicht alles immer so eindeutig, wie es scheint

Von Thomas Datt und Arndt Ginzel

Haben mehrere Familienväter in Magdeburg in einem Bus eine schwangere Irakerin angegriffen und verletzt? Der Vorfall vom Wochenende sorgte zu Wochenbeginn für einige Aufregung. Wieder einmal schien sich das Bild zu bestätigen, dass der Osten Deutschlands für Ausländer gefährlich ist und dass sie jederzeit und an jedem Ort damit rechnen müssen, Opfer von Gewalt zu werden.

Doch zwei Tage nach dem angeblich fremdenfeindlichen Angriff gibt es Zweifel an der bisherigen Tatversion. So eindeutig, wie es die Polizei zunächst gemeldet hatte, scheint es nicht gewesen zu sein.

Oberstaatsanwältin Silvia Niemann sagte ZEIT online, es hätten sich aufgrund der Berichterstattung in der Presse mehrere Zeugen gemeldet, die den Vorfall in dem Nachtbus anders beobachtet hätten. Einige seien empört gewesen: "So wie es in der Zeitung steht, stimmt es nicht", hätten sie erklärt. Sie schilderten, die irakische Familie mit Kinderwagen habe sich in den Bus gedrängt, obwohl der voll und schon mit mehreren Kinderwagen besetzt gewesen sei. Dabei seien jedoch auch ausländerfeindliche Sprüche gefallen. Unklar ist nach den Worten Niemanns, wer sie äußerte. Im Gedränge habe die 20-jährige Schwangere dann einen "Schubs" erhalten und sei auf den Kinderwagen gestürzt, in dem ihre kleine Tochter saß.

Die Staatsanwältin wies darauf hin, dass die Schwester der Frau inzwischen ihre Behauptung zurückgenommen habe, die Irakerin sei von einem Deutschen ins Gesicht geschlagen und von einem anderen gestoßen worden. Auch die Schwangere könne sich daran nicht erinnern. Der Staatsschutz ermittelt weiter. Die junge Irakerin liegt im Krankenhaus, ihr Zustand ist ernst. Der Chef der Universitätsfrauenklinik, Serban Costa, sagte ZEIT online, der 20-Jährigen drohe eine Früh- oder Fehlgeburt. Sie habe vor zweieinhalb Jahren schon einmal eine Frühgeburt mit Kaiserschnitt gehabt. "In solchen Fällen", erläuterte der Professor, "besteht die Gefahr, dass die Narbe schon bei einem geringfügigem Stoß reißt." Hinzu komme der Stress, der vorzeitige Wehen auslösen kann: "Unter diesen Umständen sind unsere medizinischen Möglichkeiten begrenzt." Die Irakerin ist im fünften Monat. Der Arzt vermutet, dass sie noch etliche Tage in der Klinik bleiben muss; die Schwangerschaft sei äußerlich nicht erkennbar.

Möglicherweise erweist sich der Vorfall im Bus also eher als eine Rangelei, zu der es womöglich auch hätte kommen, hätte sich eine deutsche Familie mit Kinderwagen in den Bus gedrängt. In Ostdeutschland werden jedoch bei solchen Gelegenheiten immer wieder schnell rassistische Äußerungen laut, sobald es zu einem Streit mit Ausländern kommt. Und manchmal genügt es schon, dass ein Mensch mit anderer Hautfarbe vorbeigeht, um ihn anzupöbeln. Tatsache ist auch, dass kein Fahrgast der gestürzten Frau half. Immerhin rief der Busfahrer die Polizei.

Bei einem zweiten Zwischenfall in derselben Nacht wurden Afrikaner vor der Kneipenmeile am Hasselbachplatz in der Magdeburger Innenstadt von mehreren jungen Männern geschlagen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Am Hasselbachplatz, einem zentralen Umsteigepunkt für Busse und Bahnen, kommt es öfter zu rassistischen Attacken, berichtet Martina Nees, Mitarbeiterin der mobilen Opferberatung in Magdeburg.

Seit 2005 hat die Opferberatungsstelle 26 Angriffe in den Fahrzeugen der Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB) und an Haltestellen gezählt. MVB-Betriebsleiter Pitt Friedrichs hat sogar noch höhere Zahlen. Er leugnet das Problem nicht, will es aber eingeordnet wissen: 2005 und 2006 machten die rechtsmotivierten Übergriffe bei den Verkehrsbetrieben 0,4 Prozent aller Gewalttaten in Magdeburg aus. Friedrichs schult seine Fahrer regelmäßig, damit sie eingreifen können, ohne sich selbst zu gefährden.

Martina Nees möchte wissen, warum Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe dennoch wegsehen: "Erst vor einer Woche wurde ein afrikanisches Paar in einer Straßenbahn von einem Betrunkenen beleidigt. Beim Aussteigen hat er auf den Mann eingeschlagen. Niemand reagierte, bis auf eine junge Frau. Sie bat den Fahrer, die Polizei zu rufen. Doch der hat nur abgewiegelt."

Für den Chef der Verkehrsbetriebe stellt sich dieser Fall anders dar. "Es war kein Angriff", sagte Friedrichs, "es gab einen Streit zwischen einem Deutschen und einem Afrikaner." An der Haltestelle hätten Mitarbeiterinnen der MVB schlichtend - und mit Erfolg - eingegriffen.

Die mobile Opferberatung würde gern eine Aufklärungskampagne unter den Fahrgästen starten. Damit sie bei Gewalt den Fahrer oder die Polizei alarmieren. Doch seit Monaten wiegelt der Sprecher der Verkehrsbetriebe ab. So etwas würde den Fahrgästen nur Angst machen. Jetzt sagt Pitt Friedrichs, sein Chef: "Wir stehen der Sache offen gegenüber."

Nees macht sich jedoch keine Illusionen. Keine noch so gut gedachte und gemachte Kampagne kann die Grundstimmung vieler Menschen besonders in Sachsen-Anhalt – einer Hochburg fremdenfeindlicher Gewalt – ändern, lieber weg- als hinzusehen. Sie stellt fest: "Das Klima hier ist eisig für Leute mit anderer Hautfarbe, zu jeder Jahreszeit." Toleranz und Zivilcourage können nicht verordnet werden wie Medikamente; dazu müssen die Bürger sich schon selbst entschließen.

Dass sich Haltung nicht einfach verordnen lässt, kann man selbst an der Polizei von Sachsen-Anhalt sehen. Ihr Chef, Innenminister Holger Hövelmann (SPD), ringt seit mehr als einem Jahr um seine Beamten. Mit deutlichen Worten, Schulungen und Anweisungen will er sie dazu bringen, konsequent gegen Rechts-Extremismus vorzugehen. Doch immer wieder werden Ermittlungsspannen und Ignoranz bekannt.

In Halberstadt ließ die Polizei nach dem Überfall auf eine Theatergruppe einen Neonazi-Schläger laufen, um nur ein Beispiel zu nennen. Vergangene Woche musste der Chef des Landeskriminalamts gehen, weil seine Behörde die Statistik rechtsextremer Straftaten geschönt hatte. Vielleicht hat der Politiker Hövelmann die Trägheit eines bürokratischen Apparats unterschätzt und seine Polizisten "nicht mitgenommen", vielleicht mögen ihn auch einige Beamte nicht, weil er so offen für Zuwanderung und gegen Rassismus auftritt.

Das Versagen bei der Polizei schadet gravierend – und entmutigt die Opfer. Im Raum Dessau beispielsweise verharrt die Zahl rechter Gewalttaten auf ähnlich hohem Niveau wie bereits in den vergangenen Jahren. Doch das ist es nicht, was Marco Steckel von der Opferberatung Dessau überrascht. "Bisher waren vor allem Ausländer und farbige Deutsche Ziele der Angriffe", sagte er. "Dieses Jahr sind fast nur noch linke, alternative Jugendliche betroffen." Aus vielen Gesprächen weiß Steckel - wie Hövelmann ein Sozialdemokrat

-, dass Ausländer hier nicht plötzlich sicherer leben, sondern viele der Polizei misstrauen und erfahrene Gewalt gar nicht mehr anzeigen.

Es war auch in Dessau, wo der Asylbewerber Oury Jalloh im Polizeigewahrsam verbrannte und wo ein hartnäckiger Richter seit Monaten vergeblich versucht, die Umstände des Todes in einem Prozess gegen zwei Beamte aufzuklären. Es war in Dessau, wo drei Staatsschützer versetzt wurden, nachdem sie sich über ihren Vorgesetzten beschwert hatten. Sie störten sich an seinem Rat, man "müsse nicht alles sehen" bei den Ermittlungen gegen Rechtsextremisten. Jetzt beschäftigt der Fall immerhin einen Untersuchungsausschuss im Magdeburger Landtag. Steckel weist darauf hin: "Viele Ausländer in der Region Dessau zweifeln, ob der Staat sie schützen will. Aber wen interessieren schon ihre Ängste?"

05.12.2007 www.tagesschau.de

* **Acht Monate Haft für Angeklagten im Mügeln-Prozess**

Knapp vier Monate nach den Ausschreitungen gegen eine Gruppe von Indern in Mügeln ist einer der Hauptbeteiligten zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Amtsgericht ging mit seinem Urteil gegen den 23-Jährigen über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß hinaus. [\[mehr\]](#)

05.12.2007 **Griechenland - i kathimerini**

Prozess wegen Aufruf zu Hass und rassistischer Gewalt

In Athen wurde der Prozess gegen den Anwalt Constantin Plevris wieder aufgenommen, der ein antisemitisches Werk mit dem Titel "Die Wahrheit über die Juden" veröffentlicht hat. Bei der ersten Anhörung im November hatte der Staatsanwalt den "wissenschaftlichen Charakter" des Textes verteidigt. "Die umstrittenen Absätze in dem 1400 Seiten dicken Buch behaupteten von Juden, 'die einzige Sprache, die sie verstehen, sei die des sofortigen Exekutionskommandos' oder handeln von der Notwendigkeit, wieder Gaskammern einzuführen", erläutert Antinis Karkagiannis. "Sie werden sagen, so redet ein Geisteskranker. Aber das trifft es nicht. Es handelt sich nicht nur um eine Meinung. Der Antisemitismus ist ein Wahn, eine hysterische Ungereimtheit, auf die sich zahlreiche Regime berufen haben, um die Unterdrückung zu rechtfertigen, insbesondere das Regime Hitlers... Plevris hat mir sein Werk mit der Bemerkung zugesandt, wenn ich von Antisemitismus reden würde, müsste ich auch von 'dem anderen Aspekt' reden. Welchen Aspekt meint er? Den Hass, das Verbrechen oder den Fanatismus?" (05.12.2007)

05.12.2007 www.welt.de

Urteil - Acht Monate Haft wegen Übergriffen auf Inder

Wegen der Übergriffe auf Inder im sächsischen Mügeln muss ein 23-jähriger Mann ins Gefängnis. Das Amtsgericht Oschatz hat ihn wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung zu einer Haftstrafe von acht Monaten verurteilt. Bereits vergangene Woche wurde ein 18-Jähriger wegen Volksverhetzung verurteilt. [» mehr](#)

05.12.2007 **+++ Ausländerhass: Acht Monate für Hetzjagd auf Inder +++**

Wegen Beteiligungen an den fremdenfeindlichen Ausschreitungen im sächsischen Mügeln ist ein 23-Jähriger zu einer unerwartet deutlichen Strafe verurteilt worden

<http://www.zeit.de/online/2007/49/muegeln-urteil?from=24hNL>

05.12.2007 **WAZ: EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering fordert erhöhte Wachsamkeit gegen Extremismus in Europa**

Essen (ots) - Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, hat zu erhöhter Wachsamkeit gegen extremistische Tendenzen in der EU aufgerufen. "In einigen Ländern fordern uns rechtsextreme Positionen mehr heraus", sagte der CDU-Politiker in einem Interview mit der in Essen erscheinenden ...

06.12.2007 www.mdr.de

Innenministerkonferenz berät über Umgang mit NPD

Berlin: Die Innenminister von Bund und Ländern kommen heute zu ihrer Herbstkonferenz zusammen. Zentrales Thema dabei ist der Umgang mit der rechtsextremen NPD. Geklärt werden soll unter anderem, ob die staatlichen Zuschüsse für NPD-nahe Vereine und Stiftungen gestrichen werden können. Hessens Innenminister **Bouffier** hält eine Einigung für möglich. In dieser Frage liege die CDU mit der SPD auf einer Linie, so **Bouffier**. Bei dem zweitägigen Treffen der Innenminister soll es auch um ein Verbot der umstrittenen Scientology-Organisation gehen.

06.12.2007 **No Historical Backspin - Mittwoch 12. Dezember 2007 - Watergate Berlin / Monika Kruse organisiert: DJ's gegen Rassismus und Faschismus**

Berlin (ots) - Am Mittwoch, den 12. Dezember, ab 23:00 Uhr, veranstaltet Monika Kruse im Berliner Club Watergate, die nächste "No Historical Backspin" - Party.

No Historical Backspin ist ein Charity-Projekt, das von Monika Kruse vor 7 Jahren ins Leben gerufen wurde und bei dem sich DJ's offen gegen Rassismus, Intoleranz und Gewalt stellen. Das Konzept der Veranstaltung: alle DJs und Live Acts legen umsont auf und spenden das gesamte Geld an den Opferfund Cura der Amadeu Antonio Stiftung - www.amadeu-antonio-stiftung.de, der Opfern von rechter und rassistischer Gewalt unterstützt und hilft.

Aufgrund der nicht abreißen und schon seit Jahren existenten Gewalt gegen ausländische Mitbürger hatte sich Monika Kruse im Jahre 2000 dazu entschlossen, die Initiative "No Historical Backspin" zu starten, um ein Zeichen gegen rassistische und intolerante Strömungen zu setzen und ganz offen zu zeigen, dass elektronische Musik und Techno eine ganz klare Stimme gegen Rassismus haben.

Zu den zahlreichen Musikern und Künstlern haben, frisch von der Tour der Fantastischen 4, Michi Beck und sein Partner Thomilla, alias Turntablerocker, zugesagt.

Monika Kruse gehört seit Jahren zu der ersten Garde der deutschen DJ's. Geboren in Berlin, aufgewachsen in München und mittlerweile wieder in der Hauptstadt ansässig, trägt sie mit ihren Labels Terminal M und Electric Avenue Recordings maßgeblich zum Sound of Berlin bei und gibt seit Jahren jungen Produzenten eine Plattenform für ihre Release und Produktionen.

Monika Kruse: "Ich freue mich, dass so viele Musiker & Künstler das Projekt unterstützen. Gerade von und aus unserer elektronischen Szene, der eine politische Ausrichtung so oft abgesprochen wird, finde ich es ganz wichtig Flagge zu zeigen. Wenn No Historical Backspin vielleicht schon im Vorfeld zum Nachdenken anregen kann, so hilft der Opferfund Cura denjenigen, die bereits unter rassistischer und intoleranter Gewalt leiden mussten. Wir wollen ein Zeichen setzen, das unser Leben aus Offenheit, Freude, Spaß und einem Miteinander geprägt ist."

Adresse: Watergate Falckensteinstr.49 10997 Berlin
www.water-gate.de Start: 24 Uhr

Line Up:

- Argenis Brito & Miguel Toro (Cadenza)
- Karotte (Cocoon)
- Leyk (Tresor)
- Manon (Zürich, Schweiz)
- Monika Kruse (Terminal M)
- Sierra_Sam (Contexterior)
- Tama Sumo (Panoramabar)
- Thomas Schumacher (Get Physical)
- Turntablerocker (Four Music)

Pressekontakt: Monika Kruse/Markus Nisch **Tel.:** 030-217986 28 **No Historical Backspin**
Fax: 030-217986 29 markus@nobackspin.de **Cell.:** 0151 - 54 72 53 86
<http://www.nobackspin.de>

06.12.2007 <http://www.dradio.de/aktuell/707163/>

Körting will Scientology-Verbot prüfen

Innenministerkonferenz befasst sich auch mit NPD

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hält das von Hamburg angeregte Verbotverfahren gegen die Scientology-Organisation für sinnvoll. Man müsse prüfen, ob es neben Aufklärung und Beobachtung auch vereinsrechtliche Möglichkeiten gebe, sagte Körting. Scientology sei keine Religionsgemeinschaft, sondern ein Verein zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen mit einer totalitären und menschenverachtenden Ideologie.

06.12.2007 www.dradio.de

Berlin: Innenminister beraten über Haltung zur NPD und Scientology

Die Innenminister der Länder wollen entschiedener gegen die NPD vorgehen. Vor der Herbst-Konferenz in Berlin sprach sich Bayerns Ressortchef Herrmann dafür aus, NPD-nahen Stiftungen die staatliche Förderung zu entziehen. Berlins Innensenator Körting nannte es unerträglich, die Verbreitung menschenverachtender Parolen mit Steuermitteln zu unterstützen. Körting äußerte sich auch zu dem von Hamburg angeregten Verbotverfahren gegen die Scientology-Organisation, über das ebenfalls gesprochen werden soll. Man müsse prüfen, ob es neben Aufklärung und Beobachtung auch vereinsrechtliche Möglichkeiten gebe, sagte Körting im Deutschlandfunk. Sachsens Ressortchef Buttolo bezeichnete die Verbotüberlegungen im Deutschlandradio Kultur ebenfalls als richtig und kündigte Unterstützung an.

06.12.2007 www.spiegel-online.de

ÜBERFALL VON HALBERSTADT - [Angeklagte Neonazis auf freiem Fuß](#)

Spektakuläre Wende im Prozess um den rechtsextremen Überfall auf Theaterschauspieler in Halberstadt: Das zuständige Gericht hat die Haftbefehle gegen drei der vier Angeklagten aufgehoben. [mehr...](#)

06.12.2007 www.tagesschau.de

* Wird NPD-nahen Vereinen der Geldhahn zugekehrt?

Der Umgang mit der NPD wird eines der Hauptthemen auf der heute beginnenden Innenministerkonferenz sein. Ein neues Verbotverfahren gilt als sehr unwahrscheinlich. Aber sowohl SPD als auch CDU-Minister wollen NPD-nahen Stiftungen den Geldhahn zudrehen. [\[mehr\]](#)

- [Rechtsextremismus in Deutschland](#)
- [Audio: Interview: Sebastian Edathy \(SPD\) zum Verbot der NPD](#)

06.12.2007 www.welt.de

Rechtsextremismus - [Verdächtige von Halberstadt wieder auf freiem Fuß](#)

Vier Männer stehen derzeit vor Gericht, weil sie im Juni eine Theatertruppe in Halberstadt überfallen haben sollen. Dahinter sollen rechtsextreme Motive stecken. Die Haftbefehle gegen drei Angeklagte wurden jetzt aufgehoben. Auch der vierte Mann, der die Tat teilweise gestand, darf sich frei bewegen. » [mehr](#)

- [Die Polizisten waren führerlos und überfordert](#)
- [Dem Haupttäter droht eine Haftstrafe](#)
- [Die Hilflosen von Halberstadt](#)
- [Schwere Vorwürfe der Zeugen gegen die Polizei](#)
- [Halber Mut in Halberstadt](#)
- [Als wäre Halberstadt eine Pesthöhle](#)
- [Prozess um Überfall beginnt mit Geständnis](#)

06.12.2007 www.welt.de

Innenministerkonferenz - [Kein Geld mehr für NPD-nahe Organisationen](#)

Rechtsextreme Propaganda, mit Steuergeldern bezahlt: Damit soll in Zukunft Schluss sein. Die Innenminister von Bund und Ländern wollen NPD-nahen Organisationen den Geldhahn zudrehen. So könne Vereinen die Anerkennung der Gemeinnützigkeit verwehrt werden. » [mehr](#)

06.12.2007 www.welt.de

Sport-Geschichte - [Hertha BSC arbeitet die NS-Zeit auf](#)

von Daniel Stolpe

Bundesligist Hertha BSC hat ein bisher verdrängtes Kapitel seiner Vereinsgeschichte geöffnet: Ein Historiker hat untersucht, welche Rolle der Verein in der Zeit des "Dritten Reiches" spielte. Dabei sollte die Frage beantwortet werden, wie nationalsozialistisch der Fußballclub seinerzeit war. » [mehr](#)

06.12.2007 www.mdr.de

Rechtsextreme Gewalt - [Angeklagte nach Überfall auf Schauspieler frei](#)

Nach dem brutalen Überfall auf Schauspieler in Halberstadt sind alle vier Angeklagten wieder frei. Der zuständige Richter am Landgericht Magdeburg erklärte, die bisherige Beweisaufnahme habe den dringenden Tatverdacht nicht erhärten können.

06.12.2007 Der Tagesspiegel: NPD gerät wieder unter Druck Bundestagsverwaltung verlangt Aufklärung über Umgang mit Spenden / Sicherheitsexperten: Neue Strafe wäre für NPD finanzieller Ruin

Berlin (ots) - Berlin - Die NPD gerät nach der gerade überstandenen Thüringer Spendenaffäre erneut unter Druck. Die Bundestagsverwaltung hat nach Informationen des Tagesspiegels der rechtsextremen Partei eine Frist bis kommenden Montag gesetzt, sich zu neuen Vorwürfen über den Umgang mit Spenden zu äußern. Der ehemalige Thüringer NPD-Chef Frank Golkowski hatte behauptet, nicht nur er habe falsche Spendenquittungen ausgestellt, vielmehr seien auch andere Landesverbände so verfahren. Die Bundestagsverwaltung nahm die Vorwürfe zum Anlass, dem NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna Ende November ein Schreiben zu schicken, in dem detaillierte Aufklärung über die Abrechnung von Spenden durch die NPD verlangt wird - rückwirkend bis 1996.

Die rechtsextreme Partei hat bislang nicht geantwortet. Bundesschatzmeister Erwin Kemna sagte dem Tagesspiegel, die NPD werde sich mit der Bundestagsverwaltung in Verbindung setzen, außerdem seien Golkowskis Behauptungen falsch. Sollte sich die NPD jedoch nicht äußern oder die Buchung von Spenden nachweislich falsch erklären, droht der Partei wieder eine empfindliche Strafe. Wegen der Machenschaften in Thüringen hatte die Bundestagsverwaltung Ende 2006 die Rückzahlung staatlicher Zuschüsse in Höhe von 870 000 Euro gefordert. Da die NPD dazu kaum in der Lage war, wurden die Zahlungen für ein Jahr drastisch gekürzt. Die rechtsextreme Partei reagierte unter anderem mit der Entlassung von Personal. Sollte die Bundestagsverwaltung erneut die NPD mit einer Streichung finanzieller Mittel bestrafen, stünde die NPD nach Ansicht von Sicherheitsexperten vor dem finanziellen Ruin.

Pressekontakt: Der Tagesspiegel Chef vom Dienst

Telefon: 030-260 09-308

Fax: 030-260 09-622

Thomas Wurster

cvd@tagesspiegel.de

06.12.2007 +++ NPD: Das Alibi-Programm +++

Die Innenminister wollen die rechtsextreme Szene finanziell austrocknen, weil sie die NPD nicht verbieten können. Viel werden sie damit jedoch nicht erreichen. Von Christoph Seils

<http://www.zeit.de/online/2007/50/innenminister-npd?from=24hNL>

06.12.2007 URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/707556/>

"Es gibt weiterhin Übergriffe" - Halberstädter Intendant Bückner in Sorge über Rechtsradikalismus

Moderation: Karin Fischer

Der Intendant des Nordharzer Städtebundtheaters, André Bückner, hat sich schockiert geäußert über die Aufhebung der Haftbefehle gegen drei der vier Angeklagten im Prozess um den Schauspielerüberfall in Halberstadt. Der Prozess sei von Anfang an eine Farce gewesen, sagte Bückner.

Karin Fischer: Gestern sollte Jürgen Scheer, der Oberstaatsanwalt, der im Freistaat Sachsen für die Strafverfolgung rechtsextremer Strukturen verantwortlich ist, in der TU Dresden einen Vortrag über die juristischen Möglichkeiten des Umgangs mit dem Rechtsextremismus halten. Die Veranstaltung wurde von 40 Anhängern der rechten Szene, darunter mehrere NPD-Funktionäre, massiv gestört.

Heute erreicht uns die Meldung, dass im Prozess um den Überfall auf Theaterschauspieler im Juni in Halberstadt, bei dem fünf Schauspieler des Nordharzer Städtebundtheaters schwer verletzt wurden, die Haftbefehle gegen drei der vier Angeklagten aufgehoben worden sind. Das ist eine zumindest merkwürdige Wende in einem Verfahren, das von Anfang an unter merkwürdigen Vorzeichen stand.

Am Telefon verbunden bin ich mit André Bückner, dem Intendanten des Nordharzer Städtebundtheaters. Herr Bückner, wie haben Sie diese Nachricht aufgenommen?

André Bückner: Ja, wir sind geschockt ein bisschen, aber auch nicht wirklich überrascht, weil: Sie haben das eben schon gesagt, der Prozess war von Anfang an eigentlich nicht so, dass man jetzt vermutet hätte, dass da besonders viel bei rauskommt im Sinne der Opfer. Also letztlich ist es nicht wirklich eine Überraschung.

Fischer: Woran liegt das eigentlich?

Bückner: Ja, das liegt an mehreren Faktoren, sage ich mal. Das Gericht hat zunächst überhaupt die Klage auf gemeinschaftliche Tat nicht zugelassen. Damit waren die Weichen für den Prozess schon gestellt. Und ab da war eigentlich nicht mehr zu erwarten, dass irgendwas dabei rauskommen würde.

Fischer: Es hat ja seit dem Vorfall im Juni etliche Initiativen gegeben gegen rechts, gerade aus dem Kulturbetrieb, aus der Kulturszene. Sehen Sie da irgendwelche Erfolge oder Ergebnisse?

Bückner: Tja, wir haben hier ja selber eine große Initiative gestartet, das "Auf die Plätze!"-Projekt, wo wir öffentlichen Raum bespielt haben. Ich sehe es im Moment so, dass eigentlich die Kulturschaffenden so die sind, die am meisten bewegen, weil: Polizei und Justiz bewegt nicht so viel.

Fischer: Wen bewegen Sie? Wen erreichen Sie? Erreichen Sie diejenigen, die immer schon Bescheid wissen, oder dringt das tatsächlich, kommt das an die Stelle, an die Sie es haben wollen?

Bückner: Na ja, das hoffen wir natürlich immer, dass es an die Stelle kommt, an die wir es haben wollen, dass wir eben die erreichen, die sonst eigentlich so die eher uninteressierte Masse bilden und wo man hofft, dass man die vielleicht noch aufrütteln und erreichen kann und dazu bringen kann, sich zu positionieren oder sich zumindest Gedanken zu machen. Das ist sicherlich hier in Halberstadt auch mit unserem großen Projekt und mit der großen Aufmerksamkeit, die das Projekt nach sich gezogen hat, auch zum Teil gelungen. Es ist natürlich immer schwierig, wenn dann diese Projekte wieder in die Niederungen des Alltags eintauchen müssen und sozusagen den Eventcharakter verlieren und dann eben Tag für Tag mit Leben gefüllt werden müssen. Das ist dann schon ein Problem.

Fischer: Vielleicht machen Sie es mal konkret, Herr Bückner. Was haben Sie getan? Wie sah das konkret aus?

Bückner: Na ja, wir haben hier vom Theater aus eine Initiative gestartet, wo wir alle gesellschaftlichen Gruppen, Vereine, Institutionen, Bibliotheken, aber auch Sportvereine, Museen zusammengebracht haben. Und wir haben eine Nacht lang hier in Halberstadt Orte bespielt im öffentlichen Raum, die sonst also auch von rechtsradikalen Schlägern besetzt werden, und wo sich viele Bürger der Stadt so nicht mehr hintrauen. Und das war ein großer Erfolg, da waren 6000 Leute abends auf der Straße, haben ihre Stadt sozusagen in Besitz genommen, die begangen und sind so auch sensibilisiert worden für dieses Thema.

Fischer: Es gibt immer wieder Orte, gerade im Osten Deutschlands, von denen berichtet wird, dass sich die Leute nicht mehr hintrauen. Gibt es eine aktuelle oder auch eine Dauerbedrohung auch der Kultur durch die rechte Szene in solchen kleineren Städten? Wie muss man sich das vorstellen?

Bückner: Ja, es gibt, denke ich, eine Situation, in der sich Leute nicht mehr sicher und nicht mehr wohl fühlen. Also zwei der Opfer von dem Überfall im Sommer haben auch ihren Arbeitsplatz hier gekündigt, weil sie in dieser Stadt nicht mehr leben wollen, also auch mit der Begründung, sie lieben das Theater, sie wollen hier gerne eigentlich an diesem Theater weitermachen, aber sie wollen in dieser Stadt nicht mehr sein, weil sie nicht sicher fühlen. Und dazu, also ich sage mal, um das Vertrauen zu stärken, dazu trägt die Entwicklung in diesem Prozess im Moment natürlich nicht bei.

Fischer: Womit wir wieder am Anfang wären. Was tut die Polizei, damit sich die Bürger der Stadt sicherer fühlen können?

Bückner: Weiß ich nicht, muss ich ganz deutlich so sagen. Weiß ich nicht. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet mit der Polizei in der Vorbereitung auf das große Projekt hier, aber ich weiß nicht, was

sie nachhaltig tun. Es gibt weiterhin Übergriffe. Es gibt Beschwerden, dass nichts getan wird. Ich bin im Moment, muss ich sagen, auch aufgrund der Entwicklung jetzt nicht so besonders froh gelaunt, und ich muss sagen, im Moment interessiert es mich auch gar nicht mehr. Es war von Anfang eine Farce, dieser Prozess. Also was ist, wenn Sie da waren beim Prozess, und da erleben konnten, wie die Verteidiger der Angeklagten gefeiert haben und höhnisch gelacht haben, während die Opfer über ihre Verletzungen berichtet haben, dann hat sich einem wirklich vor Ekel nur noch der Hals zugeschnürt. Und dass das Gericht das nicht unterbunden hat, das ist ein Offenbarungseid.

Fischer: Das war der frustrierte Intendant des Nordharzer Städtebundtheaters, André Bücken, zu Kultur und Rechtsradikalismus in Halberstadt.

(im mp3 ist der Beitrag, wie er über den Sender lief, und der ist ein wenig ausführlicher als der Text.)

07.12.2007 [Vorstoß gegen Rechts: Kein Steuergeld für NPD-Umfeld](#)

Innenminister der Länder wollen Zuwendungen an parteinahe Einrichtungen der Rechten kürzen.

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1254465

07.12.2007 [Kommentar: Stolpern gegen rechts](#)

Wenn Innenministern gegen "extremistischen Dreck" nichts Besseres einfällt als das Hantieren mit dem Vereinsrecht, muss man sie erinnern: Sie sind die Dienstherrn von Polizisten, die bei Neonazi-Demos immer wieder verfassungsfeindliche Parolen überhören. <|< Volker>

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1254392

07.12.2007 **NPD bleibt unbehelligt**

von Ulla Jelpke

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-07/065.php>

07.12.2007 **Neonazis wieder frei**

Amtsgericht Halberstadt sieht keinen dringenden Tatverdacht nach Überfall auf Theatergruppe

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-07/047.php>

07.12.2007 **+++ Online-Lexikon: Hakenkreuze im Netz +++**

Die Vize-Chefin der Linken verklagt Wikipedi, weil das Lexikon angeblich verfassungsfeindliche Symbole verwendet. Typische Politiker-PR oder tatsächlich ein Problem? Von Torsten Kleinz

<http://www.zeit.de/online/2007/50/linke-nazis-wikipedia?from=24hNL>

07.12.2007 <http://www.dradio.de/aktuell/707703/>

Aktuell - **Innenminister beraten Anti-Terror-Kampf**

Uhl: NPD-Verbotsverfahren derzeit ausgeschlossen

Die Innenminister von Bund und Ländern setzen heute ihre Herbstkonferenz mit Gesprächen über die künftigen Befugnisse von Bundeskriminalamt und Länderbehörden in der Terrorabwehr fort. Die bisherigen Gespräche zwischen Unions- und SPD-Ministern seien hier "sehr konstruktiv" verlaufen, sagte Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner (SPD).

07.12.2007 http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/707743/

Deutschlandfunk, Interview - **vom 07.12.2007, 10:01 Uhr**

Uhl: Kein neues NPD-Verbotsverfahren - **CSU-Politiker für Verbot von Scientology**

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl, hält einen neuen Antrag für ein NPD-Verbot derzeit für ausgeschlossen. Der gescheiterte Versuch habe der NPD genutzt und nicht geschadet, sagte der CSU-Bundestagsabgeordnete. Man müsse vor allem das verfassungsfeindliche Gedankengut bekämpfen. Zur Debatte um ein Verbot von Scientology sagte Uhl, zunächst sollten die Länder-Innenminister belastendes Material zusammentragen. Er selbst würde ein Verbot begrüßen.

07.12.2007 www.dradio.de

Innenminister beraten über Terror-Abwehr und Scientology

Die Innenminister von Bund und Ländern wollen härter gegen NPD-nahe Vereine und die umstrittene Organisation 'Scientology' vorgehen. Am zweiten Tag ihrer Herbstkonferenz kündigte der Vorsitzende der Konferenz, Berlins Innensenator Körting, an, man wolle gegen 'Scientology' Material sammeln, um dann die Möglichkeit eines Verbots der Organisation zu prüfen. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Uhl, sagte im Deutschlandfunk, er würde einen solchen Verbots-Antrag befürworten. NDP-nahen Vereinen und Stiftungen sollen staatliche Mittel gestrichen werden. Die Innenminister befassen sich außerdem mit den künftigen Befugnissen von Bundeskriminalamt und Länderbehörden bei der Abwehr terroristischer Gefahren.

07.12.2007 www.spiegel-online.de
VERFASSUNGSFEINDLICHE SYMBOLE - [Anzeige gegen Wikipedia zurückgezogen](#)

Die stellvertretende Parteivorsitzende der Linken, Katina Schubert, hat ihre Anzeige gegen die Wikipedia wegen Verbreitung rechtsextremistischer Symbole zurückgezogen. Prinzipiell, meint sie, sei ihre Kritik zwar richtig, eine Anzeige aber wohl "der falsche Weg". [mehr...](#)

07.12.2007 www.spiegel-online.de
PEINLICHES ERBE - [Uni Kiel untersucht NS- Vergangenheit einer Stifterin](#)

Die Kieler Universität wollte ein Gästehaus nach Waltraud Hunke benennen, doch aus dem Richtfest wurde nichts - die Stifterin hat offenbar eine bräunliche Biografie. Besonders pikant: Zweifel an der Eignung der Namenspatin wecken Suchmaschinen binnen weniger Sekunden. Von Jochen Leffers [mehr...](#)

07.12.2007 www.tagesschau.de
* [Edathy verlangt Zerschlagung NPD-naher Organisationen](#)

Dem SPD-Innenpolitiker Edathy gehen die von der Innenministerkonferenz angekündigten Schritte gegen NPD-nahe Vereine und Stiftungen nicht weit genug. Die Innenminister hätten die Möglichkeit, neonazistische Organisationen unverzüglich aufzulösen. "Davon sollten sie rigoros Gebrauch machen." [\[mehr\]](#)

- [Rechtsextremismus in Deutschland](#)
- [Video: Keine Probleme für NDP im Landtag Sachsen](#)
- [Audio: Interview: Sebastian Edathy \(SPD\) zum Verbot der NPD](#)

07.12.2007 **Der Tagesspiegel: Über Zahl der Opfer weiter steigend / 500 Menschen von rechten Gewalttätern verletzt**

Berlin (ots) - Berlin - Rechte Gewalttäter haben in Deutschland bis Ende Oktober mehr als 500 Menschen verletzt. Das sind über 80 mehr, als die Polizei in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres festgestellt hatte. Die Zahlen ergeben sich aus den Antworten der Bundesregierung auf monatliche Anfragen von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) und ihrer Fraktion zur rechter Kriminalität. Die Angaben zum Oktober gingen jetzt ein, sie liegen dem Tagesspiegel vor. Es fällt jedoch auf, dass die Zahl der rechten Gewalttaten etwas unter dem Niveau von 2006 liegt. Die Landeskriminalämter meldeten bis Oktober 557 einschlägige Delikte, in den zehn Monaten 2006 waren es 593. Die Regierung betont allerdings, dass die Angaben nur vorläufig sind. Das bedeutet in der Regel, dass durch zahlreiche Nachmeldungen der Polizei die Monatszahlen später noch deutlich steigen.

Dass die Zahl der Opfer im Unterschied zu den Gewalttaten steigt, ist nach Ansicht von Sicherheitsexperten ein beunruhigendes Indiz für eine weiter zunehmende Brutalität der rechtsextremen Szene. Das Bundesinnenministerium will, wie berichtet, diesen Trend im kommenden Jahr vom Bundeskriminalamt analysieren lassen, falls die endgültigen Zahlen ähnlich drastisch ausfallen.

Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau reagierte auf die Angaben mit der Forderung, das Bundesamt für Verfassungsschutz solle künftig in seinen Jahresberichten auch die Polizeistatistiken zu Opfer rechter Gewalt nennen. Pau äußerte zudem Zweifel daran, dass alle Bundesländer korrekte Angaben machen. **So meldete Sachsen-Anhalt von Januar bis Oktober nur 24 Gewalttaten, 2006 waren es in der endgültigen Jahresbilanz 111.**

In der Summe aller Delikte zeichnet sich bei der rechten Kriminalität ein Rückgang ab. Von Januar bis Oktober meldete die Polizei 9206 Straftaten, etwa 950 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Pressekontakt: Der Tagesspiegel Chef vom Dienst Thomas Wurster
Telefon: 030-260 09-308 Fax: 030-260 09-622 cvd@tagesspiegel.de

07.12.2007 www.welt.de
Nazi-Symbole - [Links-Politikerin zieht Wikipedia-Anzeige zurück](#)

von Lars Winckler

Plötzlicher Sinneswandel bei der Vizechefin der Linken: Katina Schubert zieht die Strafanzeige gegen das Online-Lexikon zurück. Erst am Donnerstag war sie gegen Wikipedia juristisch vorgegangen, weil dort ihrer Ansicht nach Nazi-Symbole verbreitet wurden. Wikipedia spricht von einer PR-Nummer. » [mehr](#)

- [Ein Wörterbuch, das jeder bearbeiten darf](#)
- [Das Wissen unserer Welt - Testen Sie sich selbst](#)
- [Brockhaus wehrt sich gegen Wikipedia-Vergleich](#)
- [Onlinelexika - wo schlagen Sie nach?](#)
- [Wikipedia laufen die fleißigen Autoren weg](#)
- [Wikipedia siegt gegen Online-Brockhaus](#)
- [Anzeige gegen Wikipedia wegen Nazi-Propaganda](#)

07.12.2007 www.welt.de
Online-Lexikon - [Anzeige gegen Wikipedia wegen Nazi-Propaganda](#)

von Oliver Haustein-Teßmer

Das freie Online-Lexikon Wikipedia bekommt Probleme. Die Vizechefin der Partei Die Linke hat Anzeige erstattet: Mit verfassungsfeindlichen Symbolen wie dem Hakenkreuz der Nazis werde bei Wikipedia zu lax umgegangen. Wikipedianer wehren sich - doch es gibt Belege für problematische Inhalte. [» mehr](#)

07.12.2007 [Lausitzer Rundschau: Weniger Steuergeld für Rechtsextremisten: Bestenfalls halbherzig](#)

Cottbus (ots) - Natürlich ist es unerträglich, wenn die rechtsextremistische NPD und ihre Vorfeldorganisationen mit Steuergeldern gegen den demokratischen Rechtsstaat Front machen. Deshalb soll nun zumindest den parteinahen Gruppierungen die finanzielle Grundlage entzogen werden. So wollen es die ...

07.12.2007 [Der Tagesspiegel: NPD gerät wieder unter Druck Bundestagsverwaltung verlangt Aufklärung über Umgang mit Spenden / Sicherheitsexperten: Neue Strafe wäre für NPD finanzieller Ruin](#)

Berlin (ots) - Berlin - Die NPD gerät nach der gerade überstandenen Thüringer Spendenaffäre erneut unter Druck. Die Bundestagsverwaltung hat nach Informationen des Tagesspiegels der rechtsextremen Partei eine Frist bis kommenden Montag gesetzt, sich zu neuen Vorwürfen über den Umgang mit Spenden zu äußern. Der ...

07.12.2007 [Kölner Stadt-Anzeiger: Staatsrechtler Battis warnt vor Vorgehen gegen die NPD über das Stiftungsrecht "Einschränkungen nur für alle möglich" - Verbotsverfahren wenig aussichtsreich](#)

Köln (ots) - Der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis bezweifelt, dass man gegen die NPD durch Veränderungen des Stiftungsrechts vorgehen kann. "Hier gilt der schlichte Gleichheitsgrundsatz - wie im Parteienfinanzierungsrecht", sagte er dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Freitag-Ausgabe). "Wenn man da anfängt zu drehen, ...

07.12.2007 [www.mdr.de](#)
Innenministerkonferenz

- [Steuergeld für Extremisten soll versiegen](#)

Die Innenminister von Bund und Ländern haben am Donnerstag und Freitag über Maßnahmen beraten, wie sie der rechtsextremen Szene finanziell das Wasser abgraben könnten. Sie haben unter anderem beschlossen, dass NPD-nahe Organisationen künftig keine Steuermittel mehr erhalten sollen.

08.12.2007 [Ralf Stegner: "Hundsgewöhnliche Kriminalität"](#)

Die Innenminister wollen Scientology und rechtsextreme Stiftungen verbieten.

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1255064

08.12.2007 **Nichts gegen die NPD**

Innenministerkonferenz entfaltet unwirksamen Aktionismus gegen rechts. SPD stimmt Ausbau des Bundeskriminalamtes zu. Scientology soll beobachtet werden von Ulla Jelpke

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-08/052.php>

08.12.2007 **Kommentar: Antifaschismus simuliert**

von Ulla Jelpke

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/12-08/054.php>

08.12.2007 **»Der Extremismusbegriff ist ein Mythos«**

Links und rechts dürfen nicht gleichgesetzt werden: Die Forderung nach einem NPD-Verbot ist die Forderung nach der Einhaltung des Grundgesetzes. Ein Gespräch mit Heinrich Fink von Nick Brauns

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-08/053.php>

08.12.2007 **»Polizei und Justiz haben es grandios vermässelt« Ein halbes Jahr nach Überfall auf**
Schauspieler in Halberstadt sind die rechten Schläger auf freiem Fuß. Gespräch mit André Bückner von Ralf
Wurzbacher

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-08/055.php>

08.12.2007 [www.spiegel-online.de](#)

NPD- JUGEND PERPLEX

- [Rechte Schülerzeitung steht auf dem Index](#)

Als die sächsische NPD-Jugend kürzlich ein Propagandaheft an Dresdner Schüler verteilte, kassierte die Polizei es ein. Jetzt steht "Perplex" auf der Liste der jugendgefährdenden Schriften - freigegeben erst ab 18. Dennoch wollen die Rechten mit einer weiteren Ausgabe nachlegen. Von Markus Flohr [mehr...](#)

08.12.2007 [Allg. Zeitung Mainz: Kommentar zu Innenminister](#)

Mainz (ots) - "Diese braune Pest..." Markige Worte, mit denen die Innenministerkonferenz die NPD

brandmarkt. Aber was hilft's? Man ist sich völlig einig, dass die Partei verfassungsfeindlich ist, aber zu einem neuerlichen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht mag man sich nicht aufraffen. Die SPD-Minister ...

08.12.2007 [Westfalen-Blatt: Das Westfalen-Blatt \(Bielefeld\) schreibt zum geplanten NPD-Verbot:](#)

Bielefeld (ots) - Die Innenminister starten jetzt also einen neuen Versuch, der rechtsextremen NPD beizukommen. Es darf jedoch bezweifelt werden, dass der Weg über das Steuer- oder Stiftungsrecht die Rechtsextremen entscheidend daran hindern wird, weiter gegen den demokratischen Rechtsstaat Front zu machen. Es ...

09.12.2007 www.mdr.de

Fromm warnt vor vorschnellen NPD-Verbotsantrag

Köln: Verfassungsschutz-Präsident Fromm warnt vor einem zu schnellen Antrag für ein NPD-Verbot. Viele Erkenntnisse, die es derzeit über die rechtsextreme Partei gebe, stammten vermutlich noch von eingeschleusten V-Leuten. Deshalb sei schon der erste Verbotversuch vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Um so etwas ein zweites Mal zu verhindern, müssten alle V-Leute abgezogen werden. Nach Ansicht von Fromm kann einem das aber furchtbar auf die Füße fallen. Dann wisse man nicht mehr, wie sich die NPD ausrichte. Die Hauptbedrohung hierzulande gehe auch nicht vom Rechtsextremismus aus, sondern vom internationalen Terrorismus.

09.12.2007 www.dradio.de

Verfassungsschutzpräsident warnt vor schnellem Antrag für NPD-Verbot

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Fromm, hat vor einem übereilten NPD-Verbotsantrag gewarnt. Zunächst müsse sorgfältig geprüft werden, ob dieser tatsächlich Aussicht auf Erfolg hätte, sagte Fromm im Deutschlandfunk. Bei einem solchen Verfahren müsste der Verfassungsschutz seine V-Leute aus der Partei abziehen und öffentlich zugängliches Material sammeln. Fromm erinnerte an das erste geplatzte Verbotverfahren im Jahr 2003. Damals hatte sich das belastende Material vor allem auf die Aussagen von V-Leuten gestützt. Die Verwertung so gewonnener Erkenntnisse hatte das Bundesverfassungsgericht abgelehnt. Nach Fromms Einschätzung geht vom politischen Extremismus aktuell und bis auf weiteres keine Gefahr für das demokratische System aus. Dennoch müsse er weiter beobachtet werden. Die Hauptbedrohung sei derzeit der internationale islamistische Terrorismus. In Deutschland liege die Zahl anschlagbereiter und anschlagfähiger Personen im dreistelligen Bereich, sagte der Verfassungsschutz-Präsident.

10.12.2007 URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1256347

Gebremster Kampf gegen Rechts - "Man muss nicht alles sehen"



[Hat ausgesagt: Sven Gratzik \(ddp\)](#)

Magdeburg (dpa) - Drei Polizisten der Direktion Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt haben den Vorwurf bekräftigt, dass der Kampf gegen rechtsextremistische Straftaten von Vorgesetzten gebremst wurde. Der damalige stellvertretende Polizeipräsident habe Anfang Februar auf dramatisch gestiegene Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität verwiesen und erklärt, "dass man nicht alles sehen müsse", sagte einer der drei ehemals in der Abteilung Staatsschutz Beschäftigten am Montag vor einem Untersuchungsausschuss des Landtages in Magdeburg.

Die gegen Rechtsextremismus gerichtete Landeskampagne "Hingucken!" soll der hohe Beamte als Projekt "für die Galerie" abgewertet haben, wie auch seine beiden Kollegen bestätigten.

Der frühere Vizebehördenchef, der jetzt im Ruhestand ist, räumte ein, dass er dies sinngemäß in einem Gespräch gesagt habe. Er wies jedoch bei seiner Befragung im Ausschuss den Vorwurf zurück, er habe zu lascheren Ermittlungen auffordern wollen. Mit seiner Bemerkung habe er angesichts der hohen Arbeitsbelastung der Abteilung lediglich Internetrecherchen ohne Anlass infrage gestellt. Die Suche nach rechts-extremen Internetinhalten habe sich auf die Region beschränken und nicht bis nach Amerika reichen sollen.

"Aus dem Zusammenhang gerissen"

Über die Kampagne "Hingucken!" sei er verärgert gewesen, weil zuvor das Kultusministerium eine von ihm gewünschte Anti-Rechts-Kampagne an Schulen abgelehnt habe. Die Äußerungen, die die drei Staatsschützer nach der Unterredung in einem Gedächtnisprotokoll festgehalten hatten, seien aus dem Zusammenhang gerissen. Er vermute in der Tatsache, dass sie bekannt wurden, persönliche Motive der Staatsschützer, die mit vielen Entscheidungen Vorgesetzter unzufrieden gewesen seien. Bereits im Juni

hatte Innenminister Holger Hövelmann (SPD) nach einer polizeiinternen Untersuchung erklärt, die Vorwürfe gegen den Ex-Vize der Behörde seien ungerechtfertigt.

Einer der drei Zeugen, der frühere Leiter der Abteilung Staatsschutz in Dessau-Roßlau, sagte weiter, bereits 2006 habe der stellvertretende Polizeipräsident "in einem informellen Gespräch" erklärt, eine hohe Zahl rechtsextremistischer Taten in der Statistik nütze nur den Linken, die so mehr Fördermittel beantragen könnten.

Eine andere leitende Beamtin vom Zentralen Kriminaldienst habe im Februar 2007 erklärt, die hohe Zahl der erfassten rechtsextremistischen Straftaten schade der Polizeidirektion.

Anfang 2007 hätten sie auch Unregelmäßigkeiten in der Statistik für das Vorjahr bemerkt, sagten die drei Staatsschützer. Nicht alle wahrscheinlich politisch motivierten Straftaten im Bereich der Direktion Dessau-Roßlau seien an das Landeskriminalamt (LKA) gemeldet worden. Kürzlich war LKA-Chef Frank Hüttemann zurückgetreten, weil das LKA rechtsextreme Taten, deren Urheber nicht klar waren, in der Statistik 2007 nicht dem rechten Spektrum zuordnete.

10.12.2007 www.gelbehand.de

**Kein Frühstück für Rechte: Gaststättenverband startet Aktion gegen Neonazis
Immer mehr Hotels und Gaststätten wollen Rechtsextremen den Zutritt verwehren. Der Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) in Sachsen-Anhalt kündigte eine Kampagne gegen die Vermietung von Zimmern und Räumen an Neonazis und NPD-Funktionäre an.**

Dieser Beitrag wurde der Publikation "[Aktiv + Gleichberechtigt Dezember 2007](#)" entnommen.

Dabei gehe es nicht nur um die politische Ausgrenzung von Rechtsradikalen, sondern auch um wirtschaftliche Überlegungen, sagte Geschäftsführer Wolfgang Schildauer. In Brandenburg war kürzlich eine ähnliche Aktion gestartet worden. In Thüringen liegen den Dehoga-Mitgliedsbetrieben Merkblätter mit den rechtlichen Grundlagen für die Verweigerung einer Vermietung von öffentlichen Einrichtungen oder privaten Räumen an Personen oder Organisationen aus dem rechten Spektrum vor.

10.12.2007 www.gelbehand.de

**Großer Zuspruch: Mainz demonstriert gegen rechten Kongress
Ein breites Bündnis von Organisationen hat sich aus Protest gegen den am 6. Oktober 2007 stattfindenden „Europakongress“ der Republikaner in der Rheingoldhalle in Mainz zusammengeschlossen.**

Dieser Beitrag wurde der Publikation "[Aktiv + Gleichberechtigt Dezember 2007](#)" entnommen.

An der Demonstration, die unter maßgeblicher Beteiligung des DGB durchgeführt wurde, nahmen über 2.000 Menschen teil. „Das sind bombastische Zahlen für Mainzer Verhältnisse“, freut sich Rita Schmitt vom DGB Rheinhausen-Nahe. Damit sei ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt worden. Selbst der Oberbürgermeister habe ein riesiges Transparent gegen die Rechten aushängen lassen mit der Aufschrift „Sie sind nicht willkommen.“

„Besonders fasziniert hat mich neben dem positiven Zuspruch der Öffentlichkeit und der Presse die Breite des Bündnisses“, erzählt sie. „Die verschiedensten Organisationen, Initiativen, Parteien, religiösen Gemeinden und Gewerkschaften haben mitgemacht.“ Diese Vielfalt spiegelt sich auch in der Liste der Redner und Rednerinnen wider. „Da sprach sowohl der evangelische Dekan als auch ein Vertreter eines muslimischen Vereins. Die haben auf der Bühne ein Stück weit Ökumene gelebt“, so Schmitt.

Mit einer einmaligen Aktion ist es noch nicht getan. „In den vergangenen Jahren haben die Republikaner auch im Stadtrat stets ihre völkischen, rassistischen und rechtsextremen Überzeugungen zur Schau gestellt. Und die Ereignisse in jüngster Vergangenheit, wie der Angriff auf einen Schwarzen bei einem Weinfest in Guntersblum, zeigen deutlich, dass das braune Gedankengut in unserer Region noch existiert“, betont die Gewerkschafterin. Daher wird das Bündnis weiter bestehen bleiben und damit an die Traditionen des ehemaligen Mainzer Gelbe-Hand-Bündnisses anknüpfen.

Der [Aufruf DGB](#) steht hier zum Download zur Verfügung.

Weitere Informationen und Kontakt:

Rita Schmitt DGB Rheinhausen-Nahe

Kaiserstraße 26–30 55116 Mainz

Telefon 0 61 31/23 16-23

Telefax 0 61 31/28 16-55

10.12.2007 www.welt.de

Beleidigung aus Simbabwe - [Merkel als "Überbleibsel der Nazis" beschimpft](#)

Scharf hat ein afrikanischer Minister auf die Kritik von Bundeskanzlerin Merkel an der Menschenrechtslage in Simbabwe reagiert. Sie sei eine "Rassistin, Faschistin" und ein "Überbleibsel der Nazis", so Informationsminister Ndlovu. Die Kanzlerin hatte die Regierung von Robert Mugabe kritisiert. » [mehr](#)

- [Afrikanische Präsidenten über Merkel verärgert](#)
- [Diktator Mugabe wirft Merkel Arroganz vor](#)
- ["Diese Regierung ist teuflisch"](#)
- [Merkel will sich Mugabe vorknöpfen](#)
- [Angela Merkels Kritik an Afrika ist berechtigt](#)

- [Lieber über Geld reden als über Darfur](#)
- [Lissabon- Gipfel - "Kein Ernst in Afrika"](#)
- [Sarkozy verteidigt Gaddafis Paris-Besuch](#)
- [Simbabwe - Reportagen aus Mugabes Schattenreich](#)

10.12.2007 www.welt.de

Extremismus - [Neonazis stören Bergparade in Mittweida](#)

Sie schwenkten Fahnen, riefen Parolen und verteilten Zettel - rund 150 bis 200 Rechtsextreme störten einen Umzug von Trachten- und Musikvereinen in der sächsischen Kleinstadt: Mittweida kommt nicht aus den Schlagzeilen. Erst vor kurzem war einem Mädchen ein Hakenkreuz in die Hüfte geritzt worden. [» mehr](#)

10.12.2007 www.welt.de

Genetik - [Rassistischer Forscher hat afrikanische Vorfahren](#)

Nobelpreisträger James Watson hatte Mitte Oktober gesagt, dass dunkelhäutige Menschen weniger intelligent als weiße seien. Damit erntete er eine Menge Protest. Jetzt hat er die streng wissenschaftliche Antwort nach einer DNA-Analyse schwarz auf weiß erhalten: Watson hat dunkelhäutige Vorfahren. [» mehr](#)

10.12.2007 **Blick nach Rechts** - **Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:**
„Patrioten“ in Europa

Die deutsche extreme Rechte streckt ihre Fühler nach erfolgreichen Parteien wie der FPÖ und dem Vlaams Belang aus.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/patriotenineuropa/>

Unerwünschte Besucher [€]

Die NPD will 2009 zur Kommunalwahl in Magdeburg kandidieren. Bislang fällt sie im Stadtrat aber eher durch Störungen und Straftaten auf.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/unerwuenschtebesucher/>

Getrennte Wege [€]

Republikaner marschieren nicht mit der NPD.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/getrenntewege/>

Bundesweite Mobilisierung [€]

Die NPD demonstriert für ein nationales Jugendzentrum in Berlin-Neukölln.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/bundesweitemobilisierung/>

Neue Schulungsstätte [€]

Marodes ehemaliges Möbelhaus wird NPD-Bildungszentrum.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/neueschulungsstaette/>

„Linke Gutmenschen“ [€]

Hetzkampagne gegen Grünen-Abgeordnete.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/linkegutmenschen/>

Hinter Gittern [€]

Den österreichischen Holocaust-Leugner und langjährigen Justizflüchtling Gerd Honsik erwarten noch einige Jahre Gefängnisarrest.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/hintergittern/>

„Ferien im Führerbunker“ [€]

Der Berliner Senat plädiert für ein Verbot der „Heimattreuen Deutschen Jugend“.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/ferienimfuehrerbunker/>

Psycho-Ideologie [€]

Hamburg will ein Vereinsverbot der Scientology-Sekte vorantreiben.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/psychoideologie/>

„Weiße Christen“ [€]

Rechtsextreme Umtriebe im Land der Holocaust-Opfer.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/weissechristen/>

„Übergangsphase“ [€]

Beim rechtsextremen Front National dürfte alsbald der „Grabenkrieg“ zwischen den künftigen Rivalen um das Amt der Parteiführung entbrennen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/bergangphase/>

Rechtes Ritual [€]

Alljährige Gedenkfeiern zur Huldigung des spanischen Diktators Franco.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/rechtesritual/>

Selbstinszenierung [€]

Rechtspopulismus als Bürgerbewegung.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/selbstinszenierung/>

Handlungsbedarf [€]

Bei der Gewerkschaft ver.di steht die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ganz oben auf der Agenda.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/handlungsbedarf/>

Verbrecherischer Befehl [€]

Der Bandenbekämpfungserlass vom Dezember 1942 war ein Freibrief zum Morden.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/verbrecherischerbefehl/>

Ungesühnter Massenmord [€]

Gericht erkennt bei dem Massaker von 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia keine „niedrigen Beweggründe“.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe25262007/ungesuehntermassenmord/>

„Pro Köln“ darf beobachtet werden

Düsseldorf – Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat am 4. Dezember eine Klage der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro Köln“ gegen die Erwähnung der Gruppierung in den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichten für 2005 und 2006 abgewiesen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/prokoelndarfbeobachtetwerden/>

Borchert wieder frei

Kiel – Einer der führenden Köpfe in der schleswig-holsteinischen Neonaziszene ist nach überwiegender Verbüßung seiner Haftstrafe wieder auf freiem Fuß.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/borchertwiederfrei/>

NPD und Republikaner kandidieren in Hessen [€]

Wiesbaden – Der Landeswahlausschuss in Wiesbaden hat die Kandidatenlisten von Republikanern und NPD für die hessische Landtagswahl am 27. Januar 2008 zugelassen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/npdundrepublikanerkandidiereninhessen/>

11.12.2007 Berliner Justizskandal

Prozeß gegen Antifaschisten Matthias Z. findet am Donnerstag voraussichtliches Ende. Tatvorwurf der Ermittlungsbehörden fällt in sich zusammen von Tim Wesenberg

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-11/018.php>

11.12.2007 Landeskriminalamt im Zwielficht

Waren Ermittlungsspannen im »Fall Matti« Fehler oder pure Absicht? LKA-Beamte und Verfassungsschutz verbreiteten Halbwahrheiten

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-11/019.php>

11.12.2007 Hintergrund: Solidaritätskampagne für Matthias Z.

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-11/020.php>

11.12.2007 www.spiegel-online.de

RECHTS- STREIT - [Waldorfschulen klagen gegen NPD- Funktionär](#)

Andreas Molau, Spitzenkandidat der niedersächsischen NPD, plant ein "Waldorfschullandheim für national gesinnte Familien". Dagegen klagt der Bund der Waldorfschulen. Molau ist ehemaliger Waldorf-Lehrer - und nennt die Steiner-Pädagogik eine "gute deutsche Sache". Von Jochen Leffers [mehr...](#)

11.12.2007 www.tagesschau.de

* **[NPD-Chef Voigt relativiert den Holocaust](#)**

NPD-Chef Voigt hat in einem Interview eventuell Belege für die Verfassungswidrigkeit seiner Partei geliefert. Der Rechtsextremist bezweifelte die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden und überschritt damit wahrscheinlich die Grenze zu einer Straftat. [[mehr](#)]

- [Auschwitz: Das präzedenzlose Verbrechen](#)
- [Die NPD: Eine Partei ohne Raum](#)
- [Nach Spendenaffäre: NPD-Führung allein zu Hause](#)
- [Report Mainz](#)

12.12.2007 [NPD-Chef Voigt: Hinter der bürgerlichen Fassade](#)

Der NPD-Chef Udo Voigt lässt die Maske fallen und redet den Holocaust klein.

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1256826

12.12.2007 [Leitartikel: Autobahn? Adenauer!](#)

Meinungen, und seien sie noch so dumm, lassen sich nicht verbieten. Aber bekämpfen. Gegen Neonazis und ihre Parolen helfen nur Demokraten, die aufklären. Das bringt keine schnellen Erfolge, aber wirksame.
Von Volker Schmidt

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1256757

12.12.2007 **Ein Ort »zum Verlieben«**

Wo früher Nazigegner zum Tode verurteilt wurden, genießt die Bourgeoisie heute das schöne Leben. Proteste vor dem ehemaligen Reichskriegsgericht in Berlin am 19. Dezember von Frank Brendle

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-12/001.php>

12.12.2007 **Protest gegen NPD-Aufmarsch in Essen. Polizei setzte Reiterstaffel ein von Henning von Stoltzenberg**

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-12/002.php>

12.12.2007 **Unterschlupf in der Provinz**

Landesparteitag der NPD-Thüringen stellt »Deutschlandpakt« in Frage: DVU soll ausgebootet werden von Maik Baumgärtner

--> [[Online-Abo](#)] <http://www.jungewelt.de/2007/12-12/003.php>

12.12.2007 **Kritische Note zum Grazer Wahlkampf und zum Asylgerichtshof**

Wien (OTS) - Die Gesellschaft für Politische Aufklärung stellt mit großer Besorgnis fest, dass im Grazer Wahlkampf durch Werbung und Propaganda mit eindeutig xenophoben und rassistischen, dem Rechtsstaat widersprechenden Plakaten und Inseraten der FPÖ Graz (vom Menschenrechtsbeirat schon dementsprechend beurteilt) sowie einer Internetaktion für "Werbekarten" des Grazer BZÖ ganze Menschengruppen kriminalisiert und stigmatisiert werden.

Gleichzeitig werden seitens der Parteien der Regierungskoalition mit dem geplanten Asylgerichtshof durch den Wegfall der oberstgerichtlichen Instanz AsylwerberInnen essentielle Grund- und Bürgerrechte verwehrt. Für das demokratische Selbstverständnis einer Gesellschaft sind solche Entscheidungen fatal. Welche Gruppe von Menschen wird die nächste sein, die von Berufungsrecht und Instanzenzug ausgeschlossen ist?

Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Wahlalter-Senkung und die damit notwendige Politische Bildung durch Beobachtung politischer Entscheidungen und Vorgänge ist es wichtig, auf rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verletzende Aktivitäten politischer Parteien hinzuweisen.

Gesellschaft für politische Aufklärung **Universitätsstrasse 15, 6020 Innsbruck**

www.uibk.ac.at/gfpa

Rückfragehinweis: **Karin Liebhart (Büro Wien der Gesellschaft für politische Aufklärung)**

Tel.: +43/1/4277/47739, E-Mail: karin.liebhart@univie.ac.at

12.12.2007 www.tagesschau.de

* **[Schweizer Rechtspopulist Blocher nicht wiedergewählt](#)**

Bei der Wahl zur Schweizer Regierung hat es eine handfeste Überraschung gegeben: Der umstrittene Rechtspopulist Blocher ist nicht wieder in den Bundesrat gewählt worden. Der Spitzenkandidat der stärksten Schweizer Partei scheiterte in zwei Wahlgängen. Unklar ist, wie es nun in Bern weitergeht. [[mehr](#)]

- [Rechtspopulistische SVP gewinnt die Wahl \(22.10.07\)](#)

12.12.2007 www.spiegel-online.de

SCHWEIZER REGIERUNG - [Rechtspopulist Blocher abgewählt - Linke jubeln](#)

Politisches Erdbeben in der Schweiz: Das Parlament hat in einer äußerst knappen Wahl den umstrittenen Justizminister Christoph Blocher von der rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei überraschend aus der Regierung abgewählt. Von Mathieu von Rohr [mehr...](#) [[Forum](#)]

12.12.2007 www.stern.de



Regierungswahl - [Casanova regiert die Schweiz](#)

Der umstrittene Rechtspopulist Christoph Blocher wird vorerst kein Mitglied der Schweizer Regierung. Überraschend bekam er vom zuständigen Wahlgremium nicht die erforderlichen Stimmen. Zur neuen Bundeskanzlerin wurde die Christdemokratin Corina Casanova gewählt. [mehr...](#)

> [Parlamentswahl: Schweizer goutieren Blochers Kampagne](#)

> [Rassismus-Debatte: Blocher spaltet die Schweiz](#)

12.12.2007 www.stern.de



Mo Asumang in Halberstadt - [Aufklärung im "braunen Osten"](#)

Die Moderatorin Mo Asumang wurde vor einigen Jahren von einer Neonazi-Band mit dem Tod bedroht. Als Reaktion darauf drehte sie einen Dokumentarfilm über Rechtsradikale und tourt damit durch die Schulen der Republik - eine der ersten Stationen ist das als braune Hochburg berüchtigte Halberstadt. Von Lars Radau, Halberstadt [mehr...](#)

> [Fotostrecke: Mo Asumang - "Roots Germania"](#)

> ["Roots Germania": Eine Schwarze wagt sich unter Neonazis](#)

12.12.2007 www.welt.de

Schweiz - [Schwere Schlappe für Populist Christoph Blocher](#)



Die politische Kultur in der Schweiz könnte vor einem Umbruch stehen. Christoph Blocher, Leitfigur der rechtspopulistischen SVP, ist im ersten Wahlgang zur Schweizer Regierung durchgefallen. Nun will die SVP in die Opposition gehen. Bisher wird die Schweiz von den vier großen Parteien gemeinsam regiert. [» mehr](#)

- [Sehnsucht nach der Ideologie aus den Alpen](#)
- [Rechte SVP gewinnt Schweizer Wahlen](#)
- [Mit Spannung wird das Wahlergebnis erwartet](#)
- [Straßenkampf in Bern](#)

- [Gewalt überschattet Wahlkampf in der Schweiz](#)
- [Wilhelm Tell in den Zeiten der Globalisierung](#)
- [Schweiz rückt nach rechts - und weg von Brüssel](#)
- [Schwere Straßenschlacht in Bern](#)
- [Rechtskonservative erzielen Rekordergebnis](#)
- [Vom Wahlkampf zum Kleinkrieg](#)

12.12.2007 www.welt.de

Holocaust-Leugnung - [Strafanzeige gegen NPD-Chef Udo Voigt](#)

Sebastian Edathy (SPD), der Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, hat Strafanzeige gegen NPD-Chef Udo Voigt wegen Leugnung des Holocausts erstattet. Edathy habe damit auf ein Interview von Voigt reagiert, berichtete die ARD-Sendung "Report Mainz". [» mehr](#)

12.12.2007 www.zeit.de

+++ Schweiz: Schwere Niederlage für Populist Blocher +++

Der umstrittene Spitzenkandidat der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei, Christoph Blocher, ist auch im zweiten Wahlgang um einen Regierungssitz gescheitert

<http://www.zeit.de/online/2007/50/schweiz-wahl?from=24hNL>

13.12.2007 [Schweiz: Revolte gegen Rechtsaußen](#)

Das Parlament straft den ausländerfeindlichen Justizminister Blocher ab und wählt seine Gegenkandidatin.

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1257501

13.12.2007 [Kommentar: Basta nach Schweizer Art](#)

Wir können auch anders, haben sich die Schweizer Parlamentarier mit dem kleinsten gemeinsamen, dem Anti-Blocher-Nenner gesagt und den Justizminister des Landes, Christoph Blocher, aus dem Amt gewählt...

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1257471

13.12.2007 **Berlin: Antifaschisten übergaben 175000 Unterschriften für NPD-Verbot**

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-13/018.php>

13.12.2007 Brauner Affront im Parlament

Berlin-Lichtenberg: NPD-Fraktion fordert, Anton-Saefkow-Platz umzubenennen von Lothar Bassermann

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-13/024.php>

13.12.2007 Israelitische Kultusgemeinde (IKG) verurteilt infame Doppelstrategie der FPÖ gegenüber Muslimen und IKG

Utl.: FPÖ hetzt gegen gesetzestreue Muslime in Österreich und kooperiert mit islamistischen Vertretern von Holocaustleugnerregimen im Ausland =

Wien (OTS) - Während die FPÖ ständig mit Ausländer- und Minderheitenfeindlichkeit auf Stimmenfang geht und sich dafür skurrilerweise Zustimmung gerade von der jüdischen Gemeinde erwartet, gegen den EU-Beitritt der Türkei hetzt und in Österreich integrierte Muslime mit ihrer Islamdebatte verunglimpft, hat sie in Wahrheit Gemeinsamkeiten mit radikalen Islamisten. Nicht nur waren FPÖ-Politiker stets gern gesehene Gäste in Libyen, Syrien, dem Irak Saddam Husseins und dem Iran, auch Vertreter des Holocaustleugnerregimes in Teheran waren erst kürzlich gern gesehene Gäste als Referenten in der Parteiakademie der FPÖ in Wien. In dem der FPÖ nahestehenden Medium "Zur Zeit" wird gerichtlich verurteilten Holocaustleugnern wie David Irving eine Plattform gegeben und Medienunterstützung für Holocaustrevisionsisten geleistet, die einer Verfolgung nur deshalb meist entgehen, weil sie ihre Aussagen als Ausländer etwa in Teheran tätigen. Offensichtlich finden sich in der "jüdischen Frage" und der Hetze gegen Israel Gemeinsamkeiten. Erinnerungen an die Gastfreundschaft Hitlers für den Mufti von Jerusalem und an die moslemische bosnische SS-Division kommen auf.

Rückfragehinweis: Israelitische Kultusgemeinde

Generalsekretär Mag. Raimund Fastenbauer

Tel.: (01) 53 104-105

13.12.2007 www.dradio.de

Schweiz: SVP-Politikerin Widmer-Schlumpf tritt in Regierung ein

Die neue Schweizer Regierung ist vollzählig. Die gestern in den aus sieben Mitgliedern bestehenden Bundesrat gewählte Vertreterin der rechts-konservativen Volkspartei SVP, Widmer-Schlumpf, nahm das Votum des Parlaments nach einer Bedenkzeit an. Die Abgeordneten hatten für die 51-Jährige votiert, obwohl sie offiziell gar nicht kandidiert hatte. Ihr Parteikollege, der bisherige Justizminister Blocher, war in zwei Wahlgängen gescheitert. - Die SVP hat Frau Widmer-Schlumpf inzwischen aus der Fraktion ausgeschlossen.

13.12.2007 www.spiegel-online.de

SCHWEIZER REGIERUNG - [Rechtspopulist Blocher geschasst - Freudenfeier in Bern](#)

In Bern liegen sich jubelnde Menschen in den Armen, sie feiern das politische K.o. des Rechtspopulisten Blocher. Seit heute gehört er nicht mehr der Regierung an. Eveline Widmer-Schlumpf ist neue Ministerin. [mehr...](#) [[Forum](#)]

13.12.2007 Schweiz - 24 heures - Christoph Blocher abgewählt

Das schweizerische Parlament hat am 12. Dezember den Rechtspopulisten und Justizminister Christoph Blocher abgewählt. "Nach der Abwahl im Förderrationsrat dürfen sich nun alle freuen, die sich über die Politik Blochers aufgeregt haben und die es Leid sind, dass Blocher ständig mit Leuten flirtet, die für einen Minister an der Grenze des Erträglichen sind", schreibt Thierry Meyer. "Aber viele verstehen diesen Gewaltstreich der Institutionen nicht und fühlen sich vor den Kopf gestoßen. Viele Bürger haben in Blocher, in seinen Ideen und seinem Erfolg, eine Antwort auf ihre Sorgen gefunden... Man hat den Boten getötet, die Botschaft aber bleibt: In den letzten 15 Jahren hat SVP ihren Einfluss im Land verdoppelt. Wenn aber die, die Blocher jetzt in die echte Opposition geschickt haben, den Wähler künftig nicht ebenso gute Antworten zu bieten haben wie er, dann können wir uns 2011 auf einen neuen dunkelgrünen Tsunami einstellen."

» [zum ganzen Artikel \(externer Link, französisch\)](#)

Österreich - Der Standard - Blochers Abwahl und das Konkordanz-Modell

"Ob als Bundesrat oder als Oppositionsführer - Christoph Blocher wird der Schweiz erhalten bleiben", schreibt Klaus Bonanomi zur überraschenden Abwahl des SVP-Politikers Blocher. "Doch die Schweizer Konkordanz-Demokratie ist damit nicht am Ende. Es war gerade Blochers SVP, die den Gedanken der Konkordanz - des Aushandelns von tragfähigen Kompromissen, der Rücksichtnahme und Fairness - immer wieder mit Füßen getreten hat. Eigentlich hat die Partei auch in der Regierung Oppositionspolitik betrieben. Und das Parlament hat sich für die Konkordanz entschieden, indem es nun zwei gemäßigte SVP-Politiker in den Bundesrat gewählt hat, mit denen ein Regieren nach Schweizer Muster - wieder - möglich wäre."

» [zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

13.12.2007 www.welt.de

Schweiz - [Rechtspopulist Blocher jetzt in der Opposition](#)

Der Milliardär und rechtskonservative Schweizer Justizminister Christoph Blocher ist endgültig aus der Regierung abgewählt worden. Seine Parteikollegin Eveline Widmer-Schlumpf nahm ihre Wahl zur Bundesrätin an - und wurde von ihrer Fraktion ausgeschlossen. Blochers Partei kündigte einen harten Oppositionskurs an. » [mehr](#)

13.12.2007 www.welt.de

Schweiz - [Die Erniedrigung des Christoph B.](#) von Urs Paul Engeler

Mit der Abwahl von Christoph Blocher wurde nicht nur der mächtigste Mann der Schweizer Politik gedemütigt. Auch das politische System des Landes geriet ins Wanken. Aus einer Bestätigungswahl, die als reines Routinegeschäft geplant war, könnte jetzt eine Zerreißprobe werden. » [mehr](#)

13.12.2007 [Rheinische Post: Die Schweiz bebt](#)

Düsseldorf (ots) - von Godehard Uhlemann Die Schweiz erlebt ein politisches Erdbeben. Der rechtspopulistische Justizminister Christoph Blocher wurde gehörig abgestraft. Die Bundesversammlung wählte nicht ihn, sondern eine unbekannte Parteikollegin, die gar nicht offiziell kandidiert hatte. Die Niederlage des ...

13.12.2007 **+++ Schweiz: Schluss mit der Konkordanz? +++**

Umbruch im politischen System der Schweiz: Nachdem der Rechtspopulist Blocher nicht wieder in die Regierung gewählt wurde, geht seine SVP in die Opposition

<http://www.zeit.de/online/2007/50/schweiz-blocher-ende?from=24hNL>

13.12.2007 **++ Schweiz: Das Ende des Volkstribuns +++**

Der Rechtspopulist Blocher ist abgewählt, seine SVP geht in die Opposition. Das erschüttert das politische System der Eidgenossenschaft - am Ende ist es noch nicht. - Von Fredy Gsteiger

<http://www.zeit.de/online/2007/50/schweiz-kommentar?from=24hNL>

13.12.2007 <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/710690/>

Deutschlandradio Kultur, Thema

Mehr Wohlstand, weniger Fremdenfeindlichkeit Neue Studie zur Menschenfeindlichkeit in Deutschland

Angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung haben die feindseligen Einstellungen gegenüber Minderheiten in Deutschland nachgelassen. Der Leiter der Studie "Deutsche Zustände", **Wilhelm Heitmeyer**, betonte allerdings, derzeit sei noch nicht klar, ob es sich um eine kurzfristige Veränderung oder um einen langfristigen Trend handele.

14.12.2007 [Schweiz: Schluss mit Kuscheeln](#)

In der Schweiz endet mit der Abwahl Blochers das Konsensmodell. Den Rechtspopulisten droht nun die Spaltung.

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1258111

14.12.2007 **Antifaschist Matthias Z. freigesprochen**

Berlin: Verteidigung kritisiert Verfahrensfehler und politisch motiviertes Verfahren

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-14/032.php>

14.12.2007 **Opposition macht mobil**

Bolivians Rechte organisiert Widerstand gegen neue Verfassung. Reiche Landesteile wollen De-facto-Autonomie erklären von Timo Berger

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-14/038.php>

14.12.2007 **Balsam auf die linke Seele**

Christoph Blocher aus der Schweizer Regierung abgewählt von Siro Torresan, Zürich

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-14/040.php>

14.12.2007 <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/711041/>

Jean Ziegler: Blochers Abwahl ist eine "Befreiung" - Schweizer Politiker mahnt Reformen an

Nach der Abwahl des Schweizer Rechtspopulisten Christoph Blocher wachsen die Hoffnungen auf politische Reformen in der Eidgenossenschaft. Das bisherige System der konsensorientierten Konkordanz sei beendet, sagte der Schweizer Politiker und UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler.

14.12.2007 www.spiegel-online.de

INTERVIEW MIT MARTIN SUTER

"Schweizer Parlament hat seinen Stolz wiedergefunden"

Viele Schweizer feierten die Abwahl des Rechtspopulisten Christoph Blocher als Bundesrat auf der Straße. Der Schriftsteller Martin Suter erklärt im Interview mit SPIEGEL ONLINE, warum. [mehr...](#)

14.12.2007 www.welt.de

Schweiz - [Blochers Scheitern hinterlässt Ratlosigkeit](#) - von Urs Paul Engeler
Christoph Blocher wird der schweizerischen Regierung nicht mehr angehören. Das klingt zunächst nicht weiter spektakulär. Doch die Art und Weise, wie Blocher abgewählt wurde, lässt viele Fragen offen und zeigt die Schwächen des schweizerischen Systems auf. Bürger und Politiker rätseln nun, wie es weitergehen soll.
[» mehr](#)

14.12.2007 www.welt.de

Ein Aussteiger spricht - ["Rechts zu sein war typisch westdeutsch"](#)

von Brigitte Caspary

Je mehr Ausländer er verprügelte, desto höher stieg er auf der Karriereleiter. Maik Meier war zwölf Jahre lang Mitglied der Neonazi-Szene. Heute lebt er unter Pseudonym und erzählt über die Anwerbung nach dem Mauerfall, das Leben mit der Gewalt und den Trend, rechts zu sein. [» mehr](#)

14.12.2007 **Blocher geht in die Opposition**

Die Schweizer Volkspartei (SVP) hat am 13. Dezember die Regierung verlassen, nachdem ihr Justizminister, der Rechtspopulist Christoph Blocher, abgewählt worden war. Obwohl die SVP die stärkste politische Kraft ist, geht sie nun in die Opposition. Stellt dieser Schritt das Schweizer Konkordanzprinzip in Frage?

Schweiz - Tribune de Genève

Arthur Grosjean ist beunruhigt: "Das meistgehasste politische Tier der Schweiz ist nicht tot. Es wurde von einer Gruppe von Jägern - bestehend aus Sozialisten, Christdemokraten und Grünen - am Mittwoch erlegt, doch am Donnerstag ist es wieder aufgestanden, hat seine Gegner gemustert und nach Rache gerufen. Wer gestern Christoph Blochers Rede vor der Nationalversammlung gehört hat, der dürfte keinen Zweifel daran haben. In den kommenden Jahren wird Blut fließen, denn Blocher hat versprochen, den 'Schmutz, der unter dem Dienstgeheimnis verborgen wird', ans Licht zu bringen. Nach seiner vierjährigen Regierungszeit hat er nun in der Opposition noch mehr Störpotenzial als zuvor... Die Bilanz der ganzen Geschichte: Der Schweiz gelingt es nicht, Blocher zu 'normalisieren'. Seine Anhänger halten ihn für einen Gott, seine Gegner für einen Teufel. Hoffen wir, dass dieser ganze Zirkus dazu beiträgt, dass sich die Wähler aller Couleur nun mehr für die Schweizer Politik interessieren." (14.12.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, französisch\)](#)

14.12.2007 **Belgien - Le Soir**

"Christoph Blocher war ein genialer und unberührbarer Mörder. Inner- und außerhalb des Nationalrats konnte er seine sicherheitspolitische und fremdenfeindliche Rhetorik loswerden. Er schüchternete ein und würgte ab. Die anderen Parteien zogen es vor, sich damit zu arrangieren, um nicht das Regierungsgefüge, das auf Konsens beruht, ins Wanken zu bringen", meint Pascal Martin, der glaubt, dass Blocher sich noch weiter radikalisiert wird, um der Isolation zu entkommen. "Das Konkordanzprinzip könnte einem bipolaren System von Mehrheit und Opposition weichen. Das politische Leben im Schweizer Bundesstaat wäre dann lebhafter, auch wenn daran erinnert werden sollte, dass die Kantone die wirklichen Machtbefugnisse haben. In diesem Land, in dem die direkte Demokratie unerschütterlich ist, kann Blocher sein populistisches Talent in Ruhe zur Geltung bringen." (13.12.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, französisch\)](#)

14.12.2007 **Deutschland - Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Nun sei es vorbei mit der Schweizer "Gemütlichkeit", findet Jürgen Dunsch. "Die SVP als stärkste Wahlgewinnerin im Oktober und größte Partei steht vor einem Scherbenhaufen und in der Gefahr einer Spaltung. Mehr noch gilt es Abschied zu nehmen vom bisherigen politischen Betrieb. Darauf ist das Land nicht vorbereitet. Dies wird sich bald bei den Einrichtungen der direkten Demokratie zeigen. Schon hat die SVP angekündigt, sie wolle die Möglichkeit von Volksabstimmungen sehr viel stärker nutzen. Damit aber könnte dieses Mittel, das eigentlich die Parteien disziplinieren soll, zu einem Instrument der SVP werden, um populistische Forderungen auch durchzusetzen. Was dies zum Beispiel für die Beziehungen zur EU bedeuten kann, der die Partei immer kritisch bis innerlich ablehnend gegenüberstand, mag man sich gar nicht vorstellen... Das Regierungssystem benötigt eine Generalüberholung." (14.12.2007)

15.12.2007 **»Rechtsstaatliche Maßstäbe gelten für mich nicht« Linkspartei-Abgeordneter in**

Sachsen soll Mandat verlieren. CDU, SPD, FDP und Grüne machen gemeinsame Sache mit der NPD. Ein Gespräch mit Volker Külöw von Ralf Wurzbacher

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-15/045.php>

15.12.2007 Klare Abfuhr für NPD

Berlin: Neofaschisten wollten Auftraggeber des Mordes an Liebknecht und Luxemburg ehren. Provokation deutlich zurückgewiesen von Lothar Bassermann und Wera Richter

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-15/037.php>

15.12.2007 Ermittler bedienen sich bei Anti-Antifa

Nürnberg: Polizei nutzte für Strafverfahren illegal von Neonazis erstellte Fotos für Strafverfahren gegen Linke von Claudia Wangerin

→ [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/12-15/038.php>

18.12.2007 NPD sucht Bleibe am Niederrhein

Neofaschisten versuchen, in Krefeld und Umgebung Fuß zu fassen von Henning v. Stoltzenberg

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-18/046.php>

18.12.2007 www.welt.de

Die Schreibtischtäter im Reichverkehrsministerium



von dpa/sa

Das Bundesverkehrsministerium arbeitet seine Nazi-Vergangenheit auf: Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) stellte eine Studie vor, die die antijüdische Politik des Ministeriums zwischen 1933-1945 beleuchtet. Die These der Historiker: Die Reichsbahn war ein "unerlässliches Element in der Vernichtungsmaschinerie". » [mehr](#)

- [Zwei Dörfer und der Stolz Adolf Hitlers](#)
- [Bilder des Grauens - Zeichnungen aus dem KZ](#)
- [Blaubeeren essen, Blausäure verteilen](#)
- [Als das "Reichsorchester" für Hitler spielte](#)
- [Bamberg plant ein Museum für Graf Stauffenberg](#)
- [Fotoalben mit Hitlers Beutekunst aufgetaucht](#)
- [Wertvolle Riefenstahl-Fotos aus Keller gestohlen](#)

18.12.2007 www.welt.de

Gelähmtes Neonazi-Opfer will in Berlin sterben



von AFP/sa

Der Brite Noel Martin, der seit einem Angriff von Neonazis in Brandenburg querschnittsgelähmt ist, will sich in Deutschland von der umstrittenen Organisation Dignitate beim Sterben unterstützen lassen. "Meine letzte Reise hier anzutreten, schließt einen offenen Kreis", sagte das Gewaltopfer in einem Zeitungsinterview. » [mehr](#)

- [Der Freitod kostet bei Dignitas 5900 Euro](#)
- [Berliner Arzt will erstmals offiziell Sterbehilfe leisten](#)
- [Dignitate soll nicht mehr für Sterbehilfe werben](#)
- ["Ich habe meinem Bruder in den Tod geholfen"](#)
- [Mein Tod gehört mir?](#)

18.12.2007 www.mdr.de

Zweifel an Überfall in Mittweida

Mittweida: An dem so genannten Hakenkreuz-Fall gibt es erhebliche Zweifel. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nach eigenen Angaben jetzt auch, ob der Neonazi-Überfall auf eine 17-jährige nur vorgetäuscht war. Sie beruft sich auf fehlende Zeugenaussagen und zwei rechtsmedizinische Gutachten. Die kommen zu dem Schluss, dass sich die angeblich von Neonazis misshandelte Jugendliche das Hakenkreuz auch selbst in die Hüfte geritzt haben könnte. Außerdem gibt es nach den Worten von Oberstaatsanwalt Vogel Zweifel an der Aussage des kleinen Mädchens, dem die 17-jährige zunächst zur Hilfe geeilt sein soll. Vogel betonte aber bei MDR INFO, dass in alle Richtungen ermittelt werde. Es könne sein, dass die Schilderung des 17-jährigen Opfers stimme. Genauso gut, könne es den rechten Übergriff aber auch gar nicht gegeben haben. - Der Fall in Mittweida hatte Mitte November in ganz Deutschland für Schlagzeilen gesorgt. Polizei und Bürgermeister hatten danach immer wieder um Hinweise von Anwohnern gebeten, die das Ganze beobachtet haben sollten. Trotz Belohnung fanden sich aber keine Zeugen.

19.12.2007 Faschismus in Farbe

Im Katalog geblättert: Arndt-Verlag bedient Kameraden des »nationalen Widerstandes« von Hans Daniel

→ [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/12-19/007.php>

Faschismus in Farbe

Im Katalog geblättert: Arndt-Verlag bedient Kameraden des »nationalen Widerstandes«

Von Hans Daniel

Öffentliche Denkmäler sind ihr noch nicht gesetzt, der »Deutschen Militärelite des Zweiten Weltkrieges«, an deren Seelenqualen uns das ZDF in den vergangenen Wochen mit der Reihe »Die Wehrmacht« so eingehend hat teilhaben lassen. Bei wem die Sendungen das Bedürfnis geweckt haben, sich an den wohlgeformten Büsten jener Durchhaltegenerale und SS-Schlächter zu erfreuen, die den Raub- und Völkermordkrieg des deutschen Faschismus bis zum bitteren Ende kommandierten, dem wird geholfen...

19.12.2007 www.welt.de

Hakenkreuz-Fall - Jugendliche bleibt bei ihrer Aussage

Der Hakenkreuz-Fall hält weiterhin die sächsische Gemeinde Mittweida in Aufruhr. Zwei unabhängige Gutachten kamen zu dem Ergebnis, dass sich das Mädchen das Hakenkreuz selbst in die Hüfte geritzt haben könnte. Die 17-Jährige beteuert währenddessen jedoch weiter ihre Unschuld. » [mehr](#)

- [Neonazis ritzen junger Frau Hakenkreuz ins Bein](#)
- [Ein Hakenkreuz als Preis für Zivilcourage](#)
- [Mittweida will kein "Nazirattennest" mehr sein](#)
- [War Neonazi-Überfall nur vorgetäuscht?](#)
- [Ex-Verfassungsrichter für Ende der NPD-Debatte](#)
- [Extremisten verlagern Kampfplatz in den Süden](#)
- [Die schlimmen Nächte von Rostock](#)
- [CDU zieht nicht mit beim NPD-Verbotsverfahren](#)
- [Mehrere Verletzte bei rechtsextremen Überfällen](#)
- [Neonazis stören Bergparade in Mittweida](#)

19.12.2007 www.welt.de

Mittweida - War Neonazi-Überfall nur vorgetäuscht? - von afp/jk

Anfang November sollen Rechtsextreme in Mittweida einem Mädchen ein Hakenkreuz in die Hüfte geritzt haben. Der Fall empörte die sächsische Gemeinde. Nun kommen zwei unabhängige Gutachten zu dem Ergebnis, dass die 17-Jährige sich selbst verletzt haben könnte. Gegen die junge Frau wird ermittelt. » [mehr](#)

20.12.2007 Das aktuelle Dossier: Der gelbe Stern

Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart

<http://www.jungewelt.de/themen/index.php?tcid=62>

(Dieses Dossier enthält eine Reihe von lesenswerten Artikeln (Die Redaktion))

20.12.2007 Rassekunde im Deutschlandradio

Rechtzeitig zum Afrikagipfel klärte der Sender darüber auf, wieso es auf dem Kontinent keine Demokratie gibt von Tomasz Koniecz

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/12-20/037.php>

20.12.2007 Neues Deutschland: Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, fordert NPD-Verbot

Berlin (ots) - Für ein Verbot der NPD hat sich nachdrücklich Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, gegenüber der Zeitung Neues Deutschland (Freitagausgabe) ausgesprochen. Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus würden sonst "gewissermaßen mit staatlichen Geldern sanktioniert". Am Ende werde diese Partei "allein dadurch, dass sie existiert, auch mit einem gewissen staatlichen Gütesiegel versehen". Freiheiten für Parteien "sehe ich dort limitiert, wo sie sich gegen die Existenz dieses Staates und seine Grundlagen, wie sie im Grundgesetz selbst formuliert sind, selbst richten".

Pressekontakt:
Redaktion / CvD

Neues Deutschland
Telefon: 030/29 78 17 21

21.12.2007 www.spiegel-online.de

NS- VERGANGENHEIT - Kieler Uni gibt fragwürdiges Erbe zurück

Die Hochschule lehnt ihr Geld ab, das neue Gästehaus soll auch nicht ihren Namen tragen. Die Kieler Universität hat beschlossen, die Erbschaft einer Stifterin wegen ihrer Biografie während der Nazi-Zeit zurückzugeben. [mehr...](#)

21.12.2007 www.welt.de

Überfall in Halberstadt

- [Bericht kritisiert schwere Fehler der Polizei](#)

von AFP/sa

Die schweren Vorwürfe gegen die Polizei im Zusammenhang mit dem brutalen Überfall Rechtsradikaler auf eine Theatergruppe sind bestätigt worden. In dem internen Untersuchungsbericht ist die Rede vom "Gesamtversagen" aller Beteiligten. Die Einsatzkräfte seien "offensichtlich überfordert" gewesen. » [mehr](#)

21.12.2007 [Neues Deutschland: Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, fordert NPD-Verbot](#)

Berlin (ots) - Für ein Verbot der NPD hat sich nachdrücklich Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, gegenüber der Zeitung Neues Deutschland (Freitagausgabe) ausgesprochen. Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus würden sonst "gewissermaßen mit staatlichen ...

22.12.2007 »**Neonazis setzen auf Behinderung der LL-Demo**« **Liebknecht-Luxemburg-Bündnis**

antwortet auf rechte Provokation: Geschlossen zu Rosa und Karl, dann in den Weitlingkiez. Ein Gespräch mit Sebastian Lorenz von Ralf Wurzbacher

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-22/056.php>

22.12.2007 **Rechtes Mimikry in Thüringen**

Erfurter NPD übt sich in Tarnung und Täuschung von Frank Brunner

→ [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/12-22/055.php>

22.12.2007 »**Bis zu zehn Täter prügeln auf Theatergruppe ein**« **Kritik an Polizei und**

Staatsanwaltschaft nach Neonaziübergriff von Halberstadt. Bisher nur vier Angeklagte. Gespräch mit Kevin Stützel von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-22/043.php>

22.12.2007 www.mdr.de

Polizei verhindert Neonazi-Treffen in Mittweida

Mittweida: Die Polizei hat mit einem Großeinsatz ein Neonazi-Treffen verhindert. Nach einem Tipp aus der rechten Szene sperrten Beamte die Straßen in die sächsische Stadt ab und kontrollierten alle Fahrzeuge. 13 Neonazis wurden festgenommen. Offenbar handelt es sich um Anhänger der verbotenen Neonazi-Kameradschaft "Sturm 34". Die Polizei sprach gegen 59 weitere Personen Platzverweise aus. Mittweida war in den vergangenen Jahren wegen Neonazi-Überfällen immer wieder in den Schlagzeilen.

22.12.2007 www.mdr.de

Rechtsextremisten überfallen Frau in Halberstadt

Halberstadt: Drei Rechtsextremisten haben in der Stadt eine junge Frau angegriffen und schwer verletzt. Nach Angaben der Polizei war die 19-Jährige in der Nacht den zwei Männern und einer Frau in einer Parkanlage begegnet. Die drei hätten sie als "Zecke" beschimpft, festgehalten und mehrfach geschlagen und getreten. Die 19-Jährige musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Angreifer wurden kurz nach der Tat festgenommen. Die Polizei erklärte, sie seien bereits einschlägig bekannt und eindeutig der rechten Szene zuzuordnen. Bei dem Übergriff hätten sie unter erheblichem Alkoholeinfluss gestanden.

23.12.2007 www.mdr.de

Zwei Sudanesen in Dresden überfallen

Dresden: Vor einer Diskothek der Stadt sind zwei Sudanesen angegriffen und verletzt worden. Nach Angaben der Polizei gingen 10 bis 15 Angreifer auf die jungen Männer los und schlugen und traten sie. Auch ein 20 Jahre alter Deutscher, der den Afrikanern helfen wollen, sei angegriffen und verletzt worden. Die Polizei vermutet eine fremdenfeindliche Tat. Die Angreifer hätten die sudanesischen Studenten wegen ihres ausländischen Aussehens beschimpft. - Die Täter entkamen unerkant. Die Polizei geht davon aus, dass es sich um Hooligans handelte, die schon bei Fußballspielen durch Gewalttaten aufgefallen sind.

23.12.2007 www.dradio.de

Edathy ruft zu Wachsamkeit gegenüber Rechtsextremismus auf

Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Edathy, hat zu Wachsamkeit gegenüber dem Rechtsextremismus aufgerufen. Es gebe keinen Anlass zur Entwarnung, sagte der SPD-Politiker der Nachrichten-Agentur ddp. Dies hätten in diesem Jahr unter anderem die pogrom-artigen Übergriffe in Mügeln oder der brutale Überfall auf eine Schauspielergruppe in Halberstadt gezeigt, betonte Edathy. Antisemitische oder fremdenfeindliche Einstellungen ließen sich aber nicht von heute auf morgen ändern. Vielmehr seien Aufklärung und Einsatz für die Demokratie eine Daueraufgabe. DGB-Chef Sommer erklärte, die Gewerkschaften wollten rechte Tendenzen im neuen Jahr verstärkt bekämpfen. Entsprechende Aktionen

würden ausgeweitet. Fremdenfeindlichkeit sei inhuman und gefährde den demokratischen und sozialen Rechtsstaat, unterstrich Sommer.

23.12.2007 www.dradio.de

Junge Sudanesen in Dresden angegriffen

Zwei sudanesische Studenten sind bei einem fremdenfeindlichen Überfall in Dresden verletzt worden. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten, wurden sie vor einer Diskothek von mehreren Unbekannten wegen ihres Aussehens geschlagen und getreten. Auch ein Deutscher, der helfen wollte, sei angegriffen worden. Nach ersten Erkenntnissen soll es sich bei den Tätern um Personen handeln, die bereits im Umfeld von Fußballspielen durch Gewalttätigkeiten aufgefallen sind.

23.12.2007 www.welt.de

Gewalt - [Rechtsextreme verprügeln Frau in Halberstadt](#) von DPA/FSL

Die rechte Gewalt im Osten Deutschlands nimmt nicht ab. Nach einem Übergriff von drei rechtsextremen Aktivisten ist Haftbefehl gegen die Täter erlassen worden. Einer der Beschuldigten soll das Opfer sogar sexuell belästigt haben. Die Tatverdächtigen standen alle unter Alkoholeinfluss. » [mehr](#)

- [Extremismus: Wie rechtsradikal ist Mügeln wirklich?](#)
- [Mügeln: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einen Inder](#)
- [Die schlimmen Nächte von Rostock](#)
- [Meinungsforschung: Sind Frauen anfälliger für rechte Parteien?](#)
- [Staatsanwaltschaft: Keine rechtsradikale Hetzjagd auf Inder in Mügeln](#)
- [Dresden: Rassistischer Überfall auf zwei Sudanesen](#)
- [Waldorfschulen: Bitterer Kampf gegen Rassismus-Vorwürfe](#)
- [Rechtsextremismus: Erstes Urteil wegen Hetzjagd auf Inder in Mügeln](#)
- [Urteil: Acht Monate Haft wegen Übergriffen auf Inder](#)

23.12.2007 www.welt.de

Dresden - [Rassistischer Überfall auf zwei Sudanesen](#) von dpa/AFP/omi

In Dresden ist es zu einem fremdenfeindlichen Angriff gekommen, bei dem zwei Sudanesen verletzt worden sind. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten, wurden die Männer von Unbekannten geschlagen und getreten, wobei die Afrikaner wegen ihres Aussehens beschimpft wurden. » [mehr](#)

23.12.2007 www.tagesschau.de

*** [Halberstadt: Frau von Rechtsextremisten misshandelt](#)**

In einem Park in Halberstadt ist eine Frau von Rechtsextremisten überfallen, misshandelt und sexuell belästigt worden. Die 19-jährige liegt mit schweren Verletzungen im Krankenhaus. Die mutmaßlichen Täter - zwei Männer und eine Frau - wurden von der Polizei wenig später festgenommen. [\[mehr\]](#)

- [Rechtsextremismus in Deutschland](#)
- [LKA-Chef von Sachsen-Anhalt tritt zurück](#)

23.12.2007 www.mdr.de

Haftbefehle gegen rechte Schläger von Halberstadt

Halberstadt: In Sachsen-Anhalt sind gegen drei Rechtsextreme Haftbefehle erlassen worden. Die junge Frau und die beiden jungen Männer waren gestern festgenommen worden und sollen eine 19-Jährige geschlagen und schwer verletzt haben. Ein Polizeisprecher sagte, sie sei von ihnen als Zecke beschimpft, geschlagen, getreten und sexuell belästigt worden. Alle drei Tatverdächtigen kommen laut Polizei aus Halberstadt, sind bereits einschlägig bekannt und der rechten Szene zuzuordnen. Das Opfer gehöre dem äußeren Anschein nach der linken Szene an.